

SÄCHSISCHES ARCHIVBLATT

Heft 1 / 2006



Freistaat  Sachsen

Staatsarchiv

SÄCHSISCHES ARCHIVBLATT

Mitteilungen des Sächsischen Staatsarchivs

Heft 1 / 2006

HERAUSGEBER:

Sächsisches Staatsarchiv, Wilhelm-Buck-Str. 4, 01097 Dresden

Telefon: (03 51) 5 64-37 40, Fax: (03 51) 5 64-37 39

SCHRIFTLEITUNG + REDAKTION:

Dr. Jörg Ludwig (Sächsisches Staatsarchiv)

E-mail: joerg.ludwig@smi.sachsen.de

REDAKTIONSBEIRAT:

Dr. Hans-Christian Herrmann (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig)

Dr. Burkhard Nolte (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Chemnitz)

Raymond Plache (Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg)

Dr. Peter Wiegand (Sächsisches Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden)

REDAKTIONSSCHLUSS: 21. April 2006

TITELBILD:

Farbbezeichnung der Paradeuniform eines Oberhütten-Raiters, 1768

Quelle: Sächsisches Staatsarchiv, Bergarchiv Freiberg, 40035 Oberhüttenamt, Nr. 1008, Bl. 13.

BASISLAYOUT: Katrin Grella Grafikdesign, Leipzig / www.katringrella.de

SATZ + DRUCK: druckspecht offsetdruck & service gmbh, Neefestr. 75, 09119 Chemnitz

BEZUG:

Sächsisches Staatsarchiv, Wilhelm-Buck-Str. 4, 01097 Dresden.

Das Sächsische Archivblatt erscheint halbjährlich und wird kostenlos abgegeben.

Vervielfältigung mit Quellenangabe ist gestattet.

VERTEILERHINWEIS:

Das Sächsische Archivblatt wird von der Sächsischen Staatsregierung im Rahmen ihrer verfassungsmäßigen Verpflichtung zur Information der Öffentlichkeit herausgegeben.

Das Archivblatt darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern im Zeitraum von sechs Monaten vor der Wahl zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für alle Wahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wählerveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zur Verwendung bei der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Erlaubt ist jedoch den Parteien, diese Informationsschrift zur Unterrichtung der Mitglieder zu verwenden.

Der Freistaat Sachsen ist im Internet vertreten:

www.sachsen.de

INHALT

- 03 **AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN SCHRIFTGUTVERWALTUNG**
TOBIAS FRICK/NICOL FESKE
- 05 **DAS STAATSARCHIV IN WROCŁAW/BRESLAU**
DR. JÓZEF DROZD/DOROTA SOKOŁOWSKA
- 06 **WECHSELBEZIEHUNGEN ZWISCHEN JAPAN UND SACHSEN**
PROF. DR. NOBUSHIGE MATSUO
- 08 **KEINE „GANZ NORMALE“ AKTENÜBERNAHME**
HEIKO BOHMANN
- 09 **OBERLAUSITZER SCHULORDNUNG VON 1770 ÜBERGEBEN**
MONA HARRING
- 10 **BESTAND OBERHÜTTENAMT FREIBERG NEU ERSCHLOSSEN**
CLAUDIA THIEL
- 12 **SÄCHSISCHE JURISTEN IM „DRITTEN REICH“**
DR. HOLGER BERWINKEL
- 15 **ERSCHLIESSUNGSFortsCHRITTE BEI SED-UNTERLAGEN**
DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
- 16 **WERDAUER FAHRZEUGBAUUNTERLAGEN IM STAATSARCHIV CHEMNITZ VEREINT**
DR. KLAUS MÜLLER
- 17 **DIE HISTORISCHE GESELLSCHAFT DRESDEN 1870 – 1945**
DANIEL RISTAU
- 18 **ROTHE GRUBE, ROTE GRUBE, ROTHGRÜBNER – ODER WIE?**
CLAUDIA THIEL
- 19 **MOZART IN DRESDEN**
CHRISTINE WEISBACH

INHALT

- 20 **GEISTERFÜRST UND ARCHIVAR**
DR. JÖRG LUDWIG
- 22 **WORKSHOP FERCHER FILME**
BARBARA KUNZE
- 23 **VIDEOS AUS DER DDR?**
STEFAN GÖÖCK
- 24 **SCHÜLERWETTBEWERB GESCHICHTE: PLAUENER IN SACHSEN SPITZE**
DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
- 25 **PROJEKTTAG IM STAATSARCHIV CHEMNITZ**
BARBARA SCHALLER
- 26 **„DAS ERSTE MAL DRESDEN“**
DR. PETER WIEGAND
- 27 **BUCH- UND VERLAGSGESCHICHTE IM STAATSARCHIV LEIPZIG**
DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
- 28 **UMPROFILIERUNG DES SÄCHSISCHEN STEINKOHLENBERGBAUS**
MONA HARRING
- 29 **EINFACHER FÜR DIE KOLLEGEN UND BESSER FÜR DEN CHEF!**
MICHAEL MERCHEL/PETER BAYER
- 30 **EINTRAG IM VERZEICHNIS NATIONAL WERTVOLLER ARCHIVE**
DR. JÖRG LUDWIG
- 30 **LEIPZIG VOLL „IN FAHRT“**
DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
- 31 **REZENSIONEN**

AUF DEM WEG ZUR DIGITALEN SCHRIFTGUTVERWALTUNG

Ob im öffentlichen Sektor oder in der Wirtschaft: Schriftliche Dokumente bestimmen die Verwaltungs- und Entscheidungsprozesse und sind eine wichtige Basis allen Handelns. Mittlerweile wird die Mehrheit dieser Dokumente am PC erstellt und elektronisch verwaltet. Auch die Kommunikation, verwaltungsintern sowie mit Dritten, erfolgt heute zunehmend in Form von E-Mails. Dennoch ist in der Verwaltung das Papier noch immer das primäre Medium. Die formale Bearbeitung und Ablage von Verwaltungsvorgängen erfolgt fast ausschließlich über die klassische papierbasierte Akte. Diese Praxis führt zu ständigen kosten- und zeitaufwändigen Medienbrüchen. Daten werden doppelt, in Papier und elektronisch, abgelegt. Häufig werden separate Handakten, Vorgangslisten oder Tagebücher als Hilfsmittel geführt. Oft sind Akten aber auch unvollständig. Auch wenn interne Vorschriften regeln, dass aktenrelevante E-Mails auszudrucken und der Akte zuzuführen sind, werden diese nicht selten gelöscht oder lediglich in Dateiablagen gespeichert. Dies hat zur Folge, dass Sachverhalte aus der Akte nicht mehr erkennbar sind. Damit werden wesentliche Grundsätze der Schriftgutverwaltung wie Nachvollziehbarkeit, Re-

visionssicherheit oder Unveränderbarkeit von Verwaltungshandeln verletzt.

Mit IT-gestützter Vorgangsbearbeitung sollen die bisher papierbezogenen Prozesse künftig konsequent elektronisch abgebildet werden. Dieses beinhaltet sowohl eine elektronische Aktenführung als auch einen „elektronischen Workflow“. IT-gestützte Vorgangsbearbeitung hat daher den gesamten Lebenszyklus eines Schriftstücks – vom Posteingang über die Bearbeitung bis zum Postausgang und zur Ablage – zu unterstützen (s. Abbildung 1).

Neben Effizienzgesichtspunkten werden folgende Wirkungen damit verbunden:

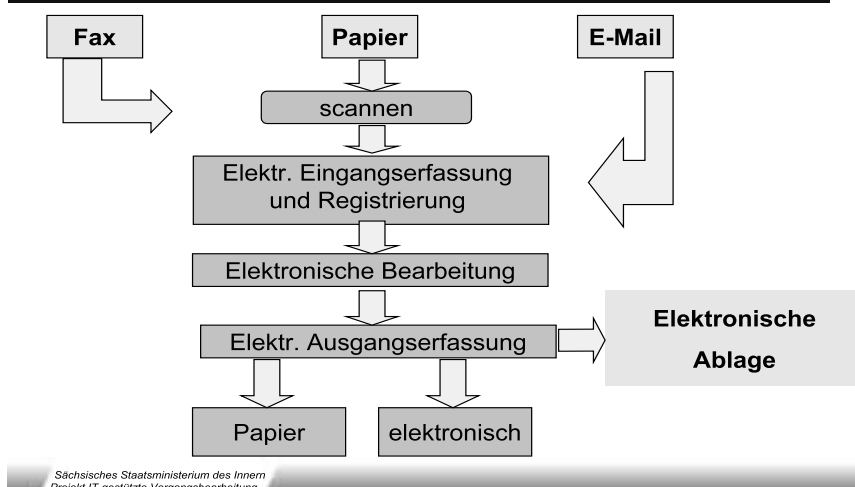
- **Schnelligkeit:** Reduzierung von Durchlaufzeiten
- **Verfügbarkeit:** permanente Verfügbarkeit der Dokumente für alle Zugriffsberechtigten, unabhängig von Ort und Zeit
- **Recherche:** verbesserte und schnellere Suche von Dokumenten und Informationen
- **Transparenz:** erhöhte Transparenz und bessere Auskunftsfähigkeit gegenüber Dritten durch Nachverfolgbarkeit des Bearbeitungsstandes
- **Interoperabilität:** Möglichkeit, Daten

und Dokumente anderen IT-Systemen zur Verfügung zu stellen oder Daten aus diesen zu übernehmen.

Weiterer wesentlicher Anstoß, IT-gestützte Vorgangsbearbeitung in Sachsen einzuführen, ist die Initiative der Staatsregierung zum E-Government. Diese hat sich „auf die Fahnen geschrieben“, künftig verstärkt Online-Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen anzubieten. Die Initiative beinhaltet daher unterschiedliche Projekte, u. a. die Umsetzung sogenannter Basiskomponenten, zum Beispiel die Einführung der elektronischen Signatur, eines Formularservice oder eines Lebenslagenportals. E-Government wird jedoch nur dann seine Wirkung entfalten können, wenn die Dokumente aus der künftigen elektronischen Kommunikation mit Dritten auch verwaltungsintern medienbruchfrei weiterbearbeitet werden. Somit stellt IT-gestützte Vorgangsbearbeitung quasi als Bindeglied zwischen Online-Dienstleistungen für die Bürger/Kunden und den behördeninternen Prozessen ein „Herzstück von E-Government“ dar. Sie ist daher eine der Basiskomponenten der Initiative (s. Abbildung 2).

Auch wenn der Einsatz von Vorgangsbearbeitungs- oder Dokumentenmanagementsystemen in anderen Branchen, zum Beispiel bei Banken und Versicherungen, bereits Alltag ist, ist diese Thematik in der Öffentlichen Verwaltung bisher nur in einzelnen Fällen erprobt worden. Viele wesentliche Anforderungen an elektronische Schriftgutverwaltung, wie beispielsweise die rechtliche Absicherung der elektronischen Akte, organisatorische Fragen der Aufgabenverteilung zwischen Registratur und Bearbeiter oder technische Fragen der richtigen Datenformate für die Langzeitspeicherung, sind noch im Klärungsprozess. Hier bieten zwar Konzepte, wie insbesondere die DOMEA-Konzepte (Dokumentenmanagement und Elektronische Archivierung)

IT-Unterstützung beim gesamten Lebenszyklus einer Akte



Sächsisches Staatsministerium des Innern
Projekt IT-gestützte Vorgangsbearbeitung

ABBILDUNG 1

der KBSt (Koordinierungs- und Beratungsstelle für IT-Fragen) des Bundes einen allgemeinen Standard. Dennoch sind diese für Sachsen zu spezifizieren und insbesondere auf ihre Praxistauglichkeit zu erproben.

Deswegen hat das Kabinett im Februar 2004 beschlossen, IT-gestützte Vorgangsbearbeitung zunächst in drei Pilotbereichen einzuführen. Auf der Grundlage einer Auswertung dieser Piloten als auch der Praxiserfahrungen, die bereits im Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft gesammelt werden, soll dann durch das Kabinett erneut entschieden werden, in welchem Umfang und in welcher Ausgestaltung IT-gestützte Vorgangsbearbeitung in weiteren Bereichen eingeführt wird. Dieser Beschluss soll laut Projektplanung im Herbst 2007 erfolgen. Wesentlicher Aspekt der Umsetzung ist hierbei eine koordinierte, landeseinheitliche Umsetzung; dies bezieht sich sowohl auf die konzeptionelle Ausgestaltung als auch auf eine einheitliche IT-Umsetzung. Zur Wahrung der ressortübergreifenden Koordination und Steuerung des Projekts wurde im Staatsministerium des Innern ein Kompetenzzentrum IT-gestützte Vorgangsbearbeitung (CCV) eingerichtet, in dem neben Mitarbeitern dieses Hauses auch Vertreter der Staatskanzlei, des Staatsministeriums der Finanzen und des Staatsministeriums für Umwelt und Landwirtschaft mitwirken. Die KoBIT (Koordinierungs- und Beratungsstelle für Informationstechnik) unterstützt das CCV in informationstechnischen Belangen. Die Fa. Infora (Berlin) berät begleitend dieses Projekt.

Als Piloten wurden einzelne Organisationseinheiten und Prozesse im Staatsministerium der Finanzen, im Statistischen Landesamt sowie in der Straßenbauverwaltung (Straßenbauamt Plauen zusammen mit Regierungspräsidium Chemnitz) ausgewählt. Mit dieser Auswahl soll sichergestellt werden, dass in unterschiedlichen Verwaltungsbereichen, teilweise mit strukturierten und teilweise mit unstrukturierten Prozessen, die Funktionsfähigkeit von IT-gestützter Vorgangsbearbeitung bewiesen wird. Auf der Grundlage von pilotspezifischen Fach-

IT-gestützte Vorgangsbearbeitung als Teil der E-Government-Strategie Sachsens

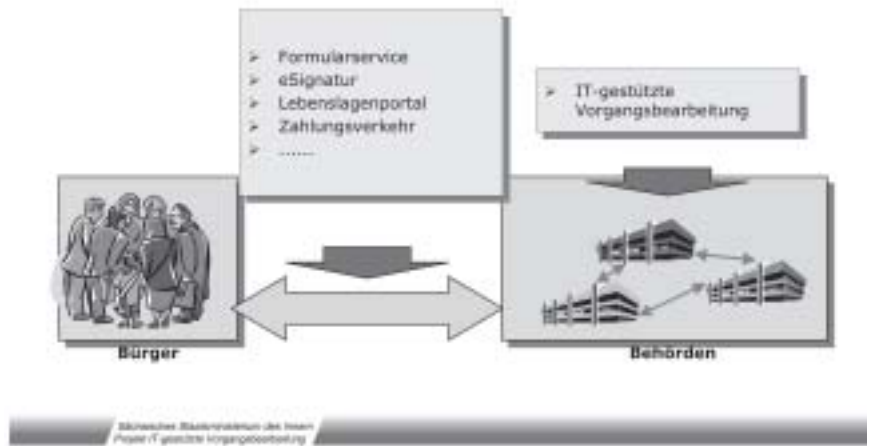


ABBILDUNG 2

konzepten und der Definition allgemeiner Anforderungen wurde die Ausschreibung einer geeigneten Software einschließlich Hardware und Einführungsdienstleistungen durchgeführt. Nach Zuschlagserteilung, die nun im Mai 2006 vorgesehen ist, wird diese Software implementiert. Mit intensiven Schulungsmaßnahmen der Mitarbeiter sollen diese in die Thematik eingeführt werden. Es ist zu erwarten, dass bereits Mitte 2007 erste auswertbare Erfahrungen im Umgang mit IT-gestützter Vorgangsbearbeitung vorliegen werden.

Daneben arbeitet das CCV an landesweiten Standards und Empfehlungen zur IT-gestützten Vorgangsbearbeitung. Während diese für die „Papierwelt“ bereits als verwaltungsinterne Regelungen vorliegen (zum Beispiel Registraturordnung, Dienstordnung), müssen die für die „elektronische Welt“ im Einzelnen erst noch entwickelt werden. Hierzu gehören beispielsweise Festlegungen zur konkreten Behandlung von Papier-, Fax- und Mail-Eingängen, zur elektronischen Bearbeitung, zur Aussonderung, zur Bildung von Geschäftszeichen oder auch zur Nutzung von Metadaten.

Besonders hervorzuheben ist die Unterstützung des Projektes durch das Sächsische Staatsarchiv, insbesondere durch den Bereich Zentrale Aufgaben, Grundsatz. Dies betrifft nicht nur speziell archivarische Fragen, sondern allgemein Fragen der Schriftgutverwaltung. Diese Zusam-

menarbeit ist deshalb wichtig, weil die funktionelle Ausgestaltung elektronischer Bearbeitung und Aktenführung nicht zu trennen ist von der Problematik der künftigen elektronischen Aussonderung und Archivierung. Auch wenn aktuell erstelltes elektronisches Schriftgut erst in einigen Jahren dem Sächsischen Staatsarchiv zur Übernahme angeboten wird, sind jetzt schon die speziellen archivischen Anforderungen zu bedenken. Dabei ist vereinbart worden, dass bereits in dem Pilotprojekt im Statistischen Landesamt die Aussonderung mit der neu eingesetzten Software simuliert wird. Diese Erkenntnisse sollen wiederum für die genannten Standards genutzt werden.

Fazit: Ähnlich wie bei der Einführung von Computer und E-Mail wird sich die Öffentliche Verwaltung dem Trend der elektronischen Vorgangsbearbeitung nicht verschließen können. Was vielen noch als unvorstellbar erscheint, da man sich an das Arbeiten mit Papier gewöhnt hat, wird sicherlich in Zukunft zum Alltag gehören. Aufgabe ist es nun, diesen Paradigmenwechsel sinnvoll zu meistern. Dabei gilt es die vorhandenen technischen Lösungen organisatorisch so auszugestalten, dass einerseits die Grundsätze der Schriftgutverwaltung nicht berührt, andererseits jedoch die vorhandenen, oft komplexen und teuren Verwaltungsprozesse vorab optimiert werden. Da dies zu Veränderungen der internen Arbeitsweise und Abläufe aller Beschäftigten führen

wird, ist es für das Gelingen dieses Vorhabens von zentraler Bedeutung, die Behörden und deren Beschäftigten aktiv auf diesem Weg mitzunehmen. Sachsen ist mit diesem schrittweisen Vorgehen auf einem guten Weg. Wichtig ist nun, die Pilotprojekte als Erfahrungsschatz zu nut-

zen, um mit einer evaluierten und gefestigten Vorgehensweise IT-gestützte Vorgangsbearbeitung „in der Fläche“, also in der gesamten Landesverwaltung, ausbreiten zu können. Wie jetzt schon bemerkbar ist, nimmt dabei das Thema „Schriftgutverwaltung“ allgemein eine zentrale

Stellung ein und erlebt eine Art „Revival“, worüber sich nicht zuletzt die „Archivwelt“ freuen dürfte.

TOBIAS FRICK/NICOL FESKE
STAATSMINISTERIUM DES INNERN

DAS STAATSARCHIV IN WROCLAW/BRESLAU

Das Staatsarchiv in Wrocław reicht mit seinen Wurzeln bis an den Anfang des 19. Jahrhunderts zurück und ist mit der Säkularisation der schlesischen Klöster verbunden. Die gemäß dem Edikt vom 30. Oktober 1810 gegründete Haupt-Säkularisations-Kommission musste, neben der Übernahme der Güter der aufgelösten Klöster, zugleich die zahlreichen Bücher, Kunstsammlungen und Archivalien sichern, die in den Klöstern vorhanden waren. Mit dieser Aufgabe wurde der königliche Kommissar Professor Johann Büsching betraut. Um die Wende 1810/11 führte Büsching die Übernahme der Klosterarchive in ganz Schlesien durch. Weil es zu dieser Zeit noch kein selbstständiges Archiv in Breslau gab, wurden die Klosterarchivalien der im Jahre 1811 entstandenen Breslauer Universität übergeben.

Im Jahre 1821, im Rahmen der von Staatskanzler Fürst Hardenberg durchgeführten allgemeinen Reform der preußischen Verwaltung, wurde das Breslauer Archiv selbstständiges Archiv der Provinz Schlesien. Es bekam das Recht, nicht nur die Klosterarchive zu übernehmen, sondern auch alle staatlichen Archivalien, die im Gebiet der ganzen Provinz Schlesien existierten. Im Jahre 1867 erhielt es den Status eines Staatsarchivs und wurde in das staatliche Archivnetz eingegliedert. Bis zum Jahr 1945 übernahm das Breslauer Archiv die wichtigsten historischen Unterlagen der Provinz Schlesien, darunter über 50.000 Urkunden, 30.000 verschiedene Bücher und 250.000 Akten.

Während des 2. Weltkriegs war es für die deutsche Archivbehörde notwendig, die sich in Breslau befindenden Akten zu sichern. Schon im Jahre 1942 hatte man angefangen, den ganzen Aktenbestand zu evakuieren. Die wertvollsten Akten wurden aus Breslau ausgelagert und in verschiedenen Ortschaften Schlesiens, aber auch außerhalb, untergebracht. Obwohl die Evakuierung bis Januar 1945 dauerte, wurde sie nicht ganz beendet. Der Aktenbestand, der in Breslau verblieb, verbrannte zusammen mit dem Archivgebäude während der Belagerung der Stadt. Vernichtet wurde auch ein beträchtlicher Teil der ausgelagerten Archivalien. Über 100 Aktenbestände gingen verloren und viele andere sind nur fragmentarisch erhalten geblieben. Die Verluste einzelner Aktenbestände betragen zwischen 10 und 95%.

Nach der Übernahme der schlesischen Gebiete durch die polnische Verwaltung im Jahre 1945 begann sofort die Rettungsaktion der Archivalien. Diese Arbeit leisteten die mit den neuen Siedlern nach Niederschlesien gekommenen Archivare. Ihre wichtigste Aufgabe war die Erfassung und Sicherung der nach den Kriegsgeschehnissen erhalten gebliebenen Archivbestände. In dem von der Stadtverwaltung zugewiesenen Gebäude in der Pomorska Straße 2, begann schon im Jahre 1945 die Übernahme von Akten. Offiziell wurde das Wrocławer Archiv am 17. Dezember 1946 eröffnet.

Das Staatsarchiv in Wrocław mit seinen Außenstellen in Jelenia Góra/Hirschberg, Kamieniec Żąbkowicki/Kamenz, Legnica/Liegnitz und Lubań/Lauban gehört heute zu den größten Staats-



DAS GEBÄUDE DES STAATSARCHIVS IN WROCLAW, UL. POMORSKA 2
FOTO: RYSZARD BACMAGA

archiven in Polen. Sein gesamter Aktenbestand umfasst 21.000 laufende Meter Akten, 4.500 Aktenbestände und 1.500.000 Akteneinheiten, 65.000 Pergament- und Papierurkunden sowie 118.000 Karten und Pläne. Diese Archivalien sind von großem historischen Wert und stellen reiche Quellen zur politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Geschichte Schlesiens, vom Jahr 1175 bis zur Gegenwart, dar. Die älteste Urkunde stammt aus dem Jahre 1175 und betrifft die Bestätigung der Rechte des Zisterzienserklosters in Leubus durch Fürst Boleslaus den Langen. Zu den wertvollsten Urkunden gehören auch die Lokationsurkunde der Stadt Breslau nach dem Magdeburger Recht aus dem Jahre 1261 und die Urkunde des Papstes Klemens IV. aus dem Jahre 1267 über die Kanonisierung der Heiligen Hedwig.

Wertvoll und zahlreich sind die Akten der Städte, hier vor allem des Magistrats der Stadt Breslau mit 60.000 Akten aus der Zeit vom 13. bis zum 20. Jahrhundert. Eine andere sehr reiche Gruppe bilden die Akten der adligen Landgüter, vor allem der Familien von Hochberg, von Schaffgotsch, von Magnis und von Hatzfeldt. Gut dokumentiert mit archivalischen Quellen sind solche Wendereignisse in der Geschichte Schlesiens wie der Übergang unter die Herrschaft der Luxemburger und Habsburger und im 18. Jahrhundert unter die Herrschaft der Preußen. Die Akten der Ämter,

Gerichte und anderer Institutionen des 19. und 20. Jahrhunderts betreffen soziale und nationale Probleme, aber auch den nationalsozialistischen Terror und Mord in den Jahren 1933 – 1945. Für die genealogischen Forschungen bilden die Unterlagen der Standesämter und der evangelischen Kirche ein wertvolles Quellenmaterial. In den jüngeren Sammlungen spielen die nach 1945 entstandenen Akten des Bezirksamtes und Bezirksstadtrats in Wrocław, von Stadtverwaltung und Volksrat der Stadt Wrocław, des Staatlichen Repatriierungsamtes, der Kreisämter in Góra Śląska/Guhrau, Milicz/Militsch, Strzelin/Strehlen, Trzebnica/Trebnitz und in Wrocław/Breslau, aber auch die Akten der zahlreichen Betriebe, gesellschaftlichen Organisationen, staatlichen Institutionen und Genossenschaften, eine wichtige Rolle.

Auch die Außenstellen des Wrocławer Archivs besitzen wertvolle Aktenbestände. Sie stammen aus den vergangenen Jahrhunderten und aus der Zeit nach dem 2. Weltkrieg. Das Gebäude des Staatsarchivs in Wrocław befindet sich in der Nähe des Hauptsitzes der Wrocławer Universität, auf der gegenüberliegenden Oderseite. Seine Adresse und die Adressen der Außenstellen lauten:

Archiwum Państwowe we Wrocławiu
ul. Pomorska 2
50-215 Wrocław
Tel. 071 329-81-51, 071 328-81-01, 071

328-83-95
Fax: 071 328-80-45
E-Mail: wroclaw@ap.wroc.pl
www.ap.wroc.pl

Archiwum Państwowe we Wrocławiu
Oddział Zamiejscowy w Jeleniej Górze
ul. Podchorążych 2
58-500 Jelenia Góra
Tel./Fax: 075 644-99-40
E-Mail: jgora@ap.wroc.pl

Archiwum Państwowe we Wrocławiu
Oddział Zamiejscowy w Kamieńcu
Ząbkowickim
Pl. Kościelny 4
57-230 Kamieniec Ząbkowicki
Tel./Fax: 074 817-35-40
E-Mail: kamienz@ap.wroc.pl

Archiwum Państwowe we Wrocławiu
Oddział Zamiejscowy w Legnicy
Al. Piłsudskiego 1
59-220 Legnica
Tel./Fax: 076 856-34-78
E-Mail: legnica@ap.wroc.pl

Archiwum Państwowe we Wrocławiu
Oddział Zamiejscowy w Lubaniu
ul. Bankowa 6
59-800 Lubań
Tel./Fax: 075 722-23-00
E-Mail: luban@ap.wroc.pl

DR. JÓZEF DROZD/DOROTA SOKOŁOWSKA
ARCHIWUM PAŃSTWOWE WE WROCŁAWIU

WECHSELBEZIEHUNGEN ZWISCHEN JAPAN UND SACHSEN

Im Oktober 2005 erschien in Okayama (auf Japanisch) mein Buch „Studien über die Geschichte der persönlichen Wechselbeziehungen zwischen Japan und Sachsen“. Der dort von mir ausführlich erwähnte Rintarou Ougai Mori (1862 – 1922) ist einer der wichtigsten Dichter im modernen Japan. Er schrieb viele Romane und übersetzte manche Werke

der deutschen Literatur, zum Beispiel Goethes „Faust“. Als junger Militärarzt studierte Mori von 1884 bis 1888 Hygiene und Heeressanitätswesen in Leipzig, Dresden, München und Berlin. Von Oktober 1884 bis Oktober 1885 hielt er sich am Hygienischen Institut der Universität Leipzig auf. Direktor dieses Instituts war Prof. Franz Hofmann, der

Schwiegersonn des Leipziger Professors für innere Medizin Karl August Wunderlich. Dr. Erwin Bälz, bei dem Mori in Tokio Medizin studiert hatte, war Leipziger Schüler Wunderlichs. In Dresden nahm Mori vom Oktober 1885 bis März 1886 am Lehrkurs für die sächsischen Militärärzte teil. Hier lernte er den sächsischen Generalarzt Wilhelm Roth

kennen. Mori war ein Japaner, der sehr früh Sachsen besuchte und in seinem Tagebuch ausführlich festhielt, welche Orte und Gebäude er besuchte und wem er begegnete. Er schrieb 1891 den Roman „Briefträger“ aufgrund seiner Erfahrungen in Sachsen. Die Schauplätze des Romans waren hauptsächlich das Schloss Döben bei Grimma und das Residenzschloss zu Dresden.

In meinem Buch werden sächsische Orte und Gebäude aufgeführt, die Mori besuchte (Kapitel 1), und Sachsen, denen er begegnete (Kapitel 2). Kapitel 3 behandelt 59 Sachsen, die in der Zeit von 1649 bis 1999 nach Japan kamen. Hier sind als „Sachsen in Japan“ nur solche deutschen Japan-Besucher genannt, die entweder in Sachsen geboren wurden, oder, wenn außerhalb Sachsens geboren, vor der Reise nach Japan oder nach der Heimkehr aus Japan in Sachsen beruflich tätig waren. Gegenstand des Kapitels 4 ist das Leben des Musikers Otto Lehmann (Geringswalde 1892 – Waldheim 1971). Lehmann studierte 1910 – 1913 an der Musikschule in Dresden, kämpfte 1914 als Soldat in der deutschen Kolonie Tsingtao in China gegen die japanische Armee und war von 1914 bis 1919 Kriegsgefangener in Kurume/Hukuoka in Japan. Er dirigierte von 1915 bis 1919 die Kapelle des Kriegsgefangenenlagers, die einmal in jeder Woche vor den Kameraden auftrat. Kurz vor der Entlassung 1919 spielte O. Lehmann's Kapelle vor japanischem Publikum in Kurume.

Das Kapitel 5 beschäftigt sich mit dem Leben des Melkermeisters Franz Claussnitzer (Brand 1892 – Bräunsdorf 1955). Claussnitzer arbeitete von 1909 bis 1912 als Melkerlehrling u. a. in Sachsen. Er kämpfte 1914 ebenfalls als Soldat in Tsingtao und war von 1914 bis 1919 Kriegsgefangener in Marugame/Kagawa, dann in Bandou/Tokushima. Er verwaltete 1917/19 in Bandou einen neuen im deutschen Stil gebauten Viehstall und unterrichtete Japaner in Molke-ertechnik. Dieser Viehstall, den man „deutschen Viehstall“ nannte, existiert noch heute. Zusammen mit O. Lehmann und F. Claussnitzer, deren Lebensläufe

aufgrund von Materialien aus dem Besitz ihrer Nachkommen rekonstruiert werden konnten, sind in meinem Buch zusammen 61 „Sachsen in Japan“ aufgeführt. Nicht nur Lehmann und Claussnitzer, sondern weitere fünf Personen im Kapitel 3, von denen vier schon vor dem Ersten Weltkrieg Japan besucht hatten, kämpften 1914 als Soldaten bzw. Offiziere in Tsingtao und waren von 1914 bis 1919 Kriegsgefangene in Japan.

Der erste „Sachse in Japan“ war ein Leipziger, der sich 1649 als Angestellter der niederländischen „Vereinigten Ostindischen Kompanie“ in der Hafenstadt Nagasaki aufhielt, weil den Niederländern damals nur der Handel in Nagasaki gestattet wurde. Weitere 7 Personen (fünf davon in niederländischen Diensten) kamen bis 1859 nach Japan. Japan wurde 1854 von den Großmächten USA, England und Russland zur Öffnung seiner Häfen gezwungen. Auch Preußen und anderen deutschen Staaten wurde 1861 der Handel mit Japan gestattet. Die Regierung Japans wechselte 1868, förderte danach die Einführung der europäischen Kultur und rief auf Staatskosten viele ausländische Fachleute ins Land, um Fabriken, Bergwerke und Eisenbahnen zu bauen und japanischen Studenten z.B. auf dem Gebiet von Medizin, Technik und Naturwissenschaften Kenntnisse zu vermitteln. Nicht wenige Ausländer kamen jedoch auf eigene Kosten nach Japan. Die meisten Sachsen, nämlich 36, besuchten deshalb Japan in der Zeit von 1873 bis 1914. Im Zeitraum zwischen 1920 und 1945 besuchten dagegen nur 10 Sachsen und nach 1945 nur 7 Sachsen Japan.

Japanern und Japanerinnen war es bis in die 60er Jahre des 19. Jahrhunderts verboten, ins Ausland zu fahren. Danach besuchten sie das Ausland auf Staatskosten oder auf eigene Kosten. Viele davon studierten in Europa Medizin, Technik und Naturwissenschaften. Von 1873 bis 1998 besuchten 420 Japaner und Japanerinnen Sachsen, die im Kapitel 6 nach ihren Aufenthaltsstädten und den Institutionen aufgeführt sind, wo sie studierten. Die meisten Japaner/Innen, nämlich 352, kamen im Zeitraum von

1873 bis 1914. Nur 29 Personen waren es von 1920 bis 1945 und nur 39 von 1961 bis 1998. Die meisten Japaner und Japanerinnen, wenigstens 221 von 420, studierten an der Universität Leipzig. Wenigstens 47 Japaner studierten an der Bergakademie Freiberg, wenigstens 18 an der Technischen Hochschule Dresden, 17 an der Musikhochschule Leipzig und 11 an der Forstakademie Tharandt.

Wie habe ich Unterlagen des Hauptstaatsarchivs Dresden in meinem Buch verwendet? Ich möchte drei Beispiele nennen:

1. Die Heldin im „Briefträger“, R. O. Mori's oben genannten Roman, ist Ida von Böhlau, Hofdame in Dresden. Eine adlige junge Dame dieses Namens, Tochter des Schlossbesitzers zu Döben, gab es wirklich. Es zeigen aber die Akten des Königlichen Hausministeriums, dass Ida von Böhlau um 1885 keine Hofdame war (mein Buch, S. 71). Der Roman beruht also auf einer Fiktion, die Mori schuf.

2. Georg Walter Stecher war sächsischer Offizier und wurde 1874 in Dresden geboren. 1907 wurde ein Vertrag zwischen Japan und dem Deutschen Reich signiert, der einige Offiziere des einen Staats in die Armee des anderen Staats führte. Nach den Akten des sächsischen Außenministeriums sollte G. W. Stecher 1907 – 1909 dem Offizierkorps in der japanischen Armee angehören. In den Akten des japanischen Kriegsministeriums in Tokio lässt sich G. W. Stecher 1907/08 nicht als deutscher Offizier in der japanischen Armee nachweisen, sondern als solcher erst 1908/09 in Setagaya/Tokio. Stecher wurde 1913 Offizier des deutschen 3. Seebataillons in Tsingtao, kämpfte 1914 gegen Japan und war 1914 – 1919 Kriegsgefangener in Matsuyama/Ehime, dann in Bandou. Er kehrte 1920 nach Dresden zurück und starb etwa 1922. Er war gut im Japanischen bewandert und übersetzte mit zwei deutschen Kollegen 1909 drei japanische Lehrbücher für Soldaten ins Deutsche. Die Schriftzeichen, die G. W. Stecher im Lager Bandou hinterließ und

die im Deutschen "Geduld" bedeuten, sind noch jetzt in Bandou erhalten (mein Buch, S. 115 – 121).

3. Arthur Göpfert war 1913/14 als Techniker einer deutschen Maschinenfabrik in Tokio tätig, kämpfte 1914 in Tsingtao und war 1914 – 1919 Kriegsgefangener in Matsuyama, dann in Bandou. 1921 promovierte er an der Technischen

Hochschule Dresden. Nach den Akten des sächsischen Ministeriums für Volksbildung, an das die TH Dresden berichtet hatte, wurde Göpfert 1879 in Annaberg geboren, studierte von 1901 bis 1906 an der TH Dresden und schrieb die Dissertation im Kriegsgefangenenlager Bandou/Japan. Nach der Entlassung fuhr er 1920 nach China und starb als Bergwerkstechniker 1937 in Taiyuan/

China (mein Buch, S. 106 – 111).

Für zahlreiche freundliche Hinweise, von denen einige hier aufgeführt sind, bin ich dem Hauptstaatsarchiv Dresden sehr dankbar.

PROF. DR. NOBUSHIGE MATSUO
OKAYAMA UNIVERSITY, JAPAN

KEINE "GANZ NORMALE" AKTENÜBERNAHME

Archivare sind ja so einiges gewohnt, wenn sie feuchte Keller und Dachböden betreten, wo mal wieder „alte“ Akten gefunden wurden. So war man zumindest ansatzweise vorbereitet auf das, was in der Stahlgießerei Borna am 18. Mai 2005 vor dem endgültigen Verlust bzw. Verfall gerettet werden sollte. Im Oktober 2004 hatte der Förderverein des Sächsischen Industriemuseums Chemnitz das Staatsarchiv Chemnitz (StAC) über noch in der Stahlgießerei liegende Altunterlagen des ehemaligen VEB Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt informiert und um die Sicherstellung der Akten gebeten. Dazu fand am 18. November 2004 ein erstes

Gespräch zwischen der BHC Technologies GmbH Chemnitz, dem Eigentümer der Stahlgießerei in Chemnitz-Borna, und dem StAC statt. In diesem Gespräch erklärte die BHC Technologies ihre Bereitschaft, die Unterlagen an das StAC zu übergeben. Im weiteren Gesprächsverlauf vereinbarte man einen weiteren Besuch in der Stahlgießerei zur Besichtigung und Grobbewertung der VEB-Unterlagen.

Am 3. Februar 2005 besuchten zwei Mitarbeiter des StAC das Betriebsarchiv und stellten fest, dass es sich hierbei um ca. 300 lfm Akten in einem schlechten

Erhaltungszustand handelte. Findmittel für die hauptsächlich in der Zeit der staatlichen Wirtschaft entstandenen Unterlagen konnten keine ermittelt werden. An dieser Stelle wurde schnell klar, dass eine Bewertung der Akten nur vor Ort durchgeführt werden konnte. Eine vollständige Übernahme des Schriftguts ins StAC war allein schon wegen der Menge und des zum Teil sehr schlechten Erhaltungszustandes auszuschließen.

So trafen sich am 18. Mai 2005 sieben Mitarbeiter des StAC auf dem Parkplatz der Stahlgießerei, ausgestattet mit Arbeitskitteln, Wattejacken, Handschuhen, Taschenlampen und Transportkisten, um zu retten, was noch zu retten war. Die Akten lagen auf dem Dachboden des ehemaligen Verwaltungsgebäudes des VEB, zu dem – ab dem 3. Stock – nur eine kleine enge Holztreppe führte. Das Verwaltungsgebäude war baulich betrachtet in einem höchst bedenklichen Zustand. Vom Dachwerk bis hinunter in den 2. Stock waren mehrere kleine Durchbrüche festgestellt worden, durch die überall Wasser tropfte. Auch ließen die Lichtverhältnisse zu wünschen übrig – Strom war keiner vorhanden –, so dass man wortwörtlich „im Dunkeln tappte“. Auf Grund zerborstener Fensterscheiben hatten Regen, Wind und diverse Vogel- exkremate bereits ihren Teil zur Vernichtung der Akten beigetragen.



VORGEFUNDENE AKTEN DER STAHLGIEßEREI
FOTO: HEIKO BOHMANN

Ebenso war auch ein Teil der Holzregale, in denen die Dokumente wohl ursprünglich vor sich hin dämmerten, den „Naturgewalten“ zum Opfer gefallen und zusammengesunken. Dementsprechend lagen die Akten auf dem Dachboden, wild übereinander gestapelt, verdreckt und teilweise verschimmelt, was eine Bewertung der Unterlagen nicht gerade erleichterte. Die noch stehenden, sich jedoch bedenklich schief neigenden Regale und der an manchen Stellen durchweichte Boden ließen in manchem Archivar ein Gefühl von Beklommenheit aufkommen. Ein Seitenzimmer auf dem Dachboden konnte aus gesundheitlichen Gründen erst gar nicht betreten werden (maximaler Schimmelbefall an sämtlichen Wänden sowie verfallener Fußboden „mit Sicht“ auf das 3. Stockwerk).

Die Aktion wurde bereits nach einem Tag beendet. Dabei gelang es den Archivaren,

einen Teil der schriftlichen Überlieferung der Stahlgießerei zu retten. Für eine dauernde Aufbewahrung wurden ca. 90 lfm Akten, ca. 100 Zeichnungen, ca. 1000 Fotos, ca. 50 Glasplatten, ca. 50 Drucksachen, 50 Bücher und Zeitschriften vom StAC übernommen. Schwerpunkte der Überlieferung bilden Unterlagen der Fa. Eisengießerei Gustav Krauthem AG Chemnitz bis 1945, der Fa. Marten AG (SAG), der Stahlgießerei Chemnitz 1945 – 1952/53 und des VEB Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt, v. a. der 1980er Jahre bis 1990/91. Einige Akten entstammen der Fa. Gottfried Anderegg, Stahl- und Eisengießerei Frankenberg. Die Bestände des Betriebsarchivs des ehemaligen VEB Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt wurden von Projektkräften von Juli bis November 2005 erschlossen und stehen somit der Benutzung zur Verfügung (Bestände: 30944 VEB Stahlgießerei Karl-Marx-Stadt, 30946

G. Anderegg, Stahl- und Eisengießerei, Frankenberg, 30942 Eisengießerei G. Krauthem Chemnitz).

Es ist nur einem gut funktionierenden Informationsaustausch zwischen dem Förderverein Sächsisches Industriemuseum Chemnitz und dem StAC sowie dem schnellen wie „gewagten“ Zugriff von StAC-Mitarbeitern unter Mitwirkung der BHC Technologies GmbH Chemnitz zu verdanken, dass ca. 100 Jahre Chemnitzer Gießereigeschichte, von der Gründung der Eisengießerei Fa. G. Krauthem AG im Jahr 1888 bis zum Zusammenbruch der DDR und der Umwandlung in eine GmbH im Jahr 1990, vor dem Verlust bewahrt werden konnten und für die Nachwelt erhalten bleiben.

HEIKO BOHMANN
STAATSARCHIV CHEMNITZ

OBERLAUSITZER SCHULORDNUNG VON 1770 ÜBERGEBEN

Am 12. Dezember 2005 überreichte Kultusminister Steffen Flath dem Leiter des Sächsischen Staatsarchivs, Dr. Jürgen Rainer Wolf, ein Original der ältesten Schulordnung der Oberlausitz. Den Druck aus dem Jahr 1770 hatte ein aus Bamberg stammender Privatmann zusammen mit anderen Dokumenten im Rahmen einer Auktion erworben und dem Freistaat Sachsen überlassen. Dr. Wolf dankte dem Minister für die Schulordnung und übergab sie anschließend dem Leiter des Hauptstaatsarchivs Dresden, Dr. Guntram Martin. Sie wird künftig im Staatsfilialarchiv Bautzen, Außenstelle des Hauptstaatsarchivs und zugleich Teil des Bautzener Archivverbunds, verwahrt werden.

Die Schulordnung kann als ein Meilenstein sächsischer Bildungsgeschichte angesehen werden, gründete sich hierauf doch der Ausbau des öffentlichen Schulwesens in der Oberlausitz.

Obwohl die Oberlausitz schon 1635 an Kursachsen gefallen war, nahm sie bis in das 19. Jahrhundert in rechtlicher und administrativer Hinsicht einen Sonderstatus ein. Das hatte auch Auswirkungen auf die Organisation des Schulwesens. Bis 1770 gab es in den Gemeinden der Oberlausitz lediglich so genannte „Winkelschulen“. Hierbei handelte es sich um behördlich nicht anerkannte, privat organisierte Einrichtungen, in denen elementare Kenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen, vor allem durch Auswendiglernen, vermittelt wurden. Der Unterricht fand unregelmäßig statt und unterlag keiner Normierung. Auch Platznot und das Nebeneinander von mehreren Altersstufen waren an der Tagesordnung. Als Lehrer bzw. so genannte „Winkelmeister“ fungierten meist Kleriker oder Einheimische ohne die erforderlichen fachlichen und pädagogischen Kenntnisse.

Erst im Kontext der nach dem Siebenjährigen Krieg eingeleiteten Staatsreformen wurde das Oberlausitzer Schulwesen einheitlichen Regelungen unterworfen. Die Schulordnung von 1770 legte sowohl die Schulpflicht für Kinder von 5 bis 13 Jahren als auch die Unterrichtsinhalte fest. Zudem regelte sie die Bildungsanforderungen für den Beruf des Lehrers und die Bezahlung. Zwar sollte die Schulordnung die Basis für ein geregeltes Schulwesen legen, jedoch fehlte es an ausgebildeten Lehrern. Hier schaffte unter anderem die Gründung des Bautzener Lehrerseminars im Jahr 1817 Abhilfe, die es ermöglichte, ausgebildete Lehrer in den Schulen der Oberlausitz einzusetzen. Darüber hinaus existierte keine behördliche Infrastruktur, die die Umsetzung der in der Schulordnung fixierten Vorschriften prüfte. Nur so ist es zu verstehen, dass noch ein halbes Jahrhundert später wichtige Regelungen

nicht verwirklicht worden waren. Das änderte sich erst mit dem Erlass des sächsischen Schulgesetzes von 1835.

An die feierliche Übergabe der Schulordnung schloss sich ein Rundgang durch das Hauptstaatsarchiv an, in dessen Verlauf sich Kultusminister Flath einen lebhaften Eindruck von der Geschichte des Archivs, seinen Baulichkeiten sowie vor allem den dort verwahrten Unterlagen verschaffen konnte. So wurden an Hand ausgewählter Archivalien, unter anderem der Ersterwähnungsurkunde Dresdens von 1206 und der Verfassung von 1831, zentrale Stationen sächsischer Geschichte illustriert.



MONA HARRING
ZENTRALE AUFGABEN, GRUNDSATZ

ÜBERGABE DER SCHULORDNUNG IM HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN
FOTO: RAINER MASSWIG

BESTAND OBERHÜTTENAMT FREIBERG NEU ERSCHLOSSEN

Mit der Entstehung des Bergbaus im Erzgebirge wurde der Bau von Erzwäschen, Pochwerken und Schmelzhütten notwendig, denn das gewonnene Erz musste verarbeitet werden. Zuerst wurden die Aufbereitungsanlagen und Schmelzhütten von den jeweiligen Gruben in unmittelbarer Nähe errichtet oder von Unternehmern als Lohnhütten gebaut, in denen eine oder mehrere Gruben ihre Erze verschmelzen ließen. Bei der Silbergewinnung wurde das mit Schlägel und Eisen gewonnene Silbererz in einfachen Öfen ausgeschmolzen und das so produzierte Blicksilber aufgrund des fürstlichen Bergregals zu einem festen Satz an die landesherrliche Münze gegen Bezahlung abgeliefert. Seit dem 13. Jahrhundert lässt sich außerdem die Gewinnung von Zinn und seit dem ausgehenden 14. Jahrhundert die Verhüttung von Kupfer nachweisen.

Nach dem großen Berggeschrei im Erzgebirge um 1470 kam es zur Errichtung einer Vielzahl von Schmelzhütten

in den sächsischen Bergrevieren. Im 16. Jahrhundert sollen allein im Freiburger Revier 46 Hütten in Betrieb gewesen sein. Die Schmelzbetriebe waren auf ein bis maximal zwei Metalle spezialisiert, die meisten auf Silber oder Zinn. Man erzeugte aber auch Kupfer, Blei und Wismut. Daneben existierte eine Vielzahl von Eisenhütten. Die Hütten produzierten zwischen 1470 und 1550 mehr als 500 Tonnen Silber und ca. 16.000 Tonnen Zinn. In der Saigerhütte Grünthal wurden zwischen 1568 und 1578 insgesamt 22.000 Zentner Schwarzkupfer verhüttet. Eine Reihe von Berg-, Hütten- und Schmelzordnungen – zu nennen wären beispielsweise die Hütten- und Schmelzordnung für Freiberg (1556 und 1589), Kurfürst Augusts Eisen- und Hammerordnung (1564) und schließlich die von Kurfürst Christian 1589 erlassene Landesbergordnung – regelten zunehmend und umfassend die mit dem Schmelzwesen verbundenen Sachverhalte. Zugleich dienten sie der Erhöhung des landesherrlichen Einflusses

auf das Hüttenwesen. Mit dem Rückgang des Bergbaus im oberen Erzgebirge seit der Mitte des 16. Jahrhunderts gingen zahlreiche Schmelzhütten ein, andere wurden in landesherrliches Eigentum überführt, so in Freiberg die obere und untere Muldner Hütte und die mittlere Münzbach- oder Erasmushütte. 1663 schließlich übernahm der Fiskus auch die 1612 gegründete Halsbrücker Hütte. In Annaberg, Glashütte, Marienberg und Wolkenstein befanden sich ebenfalls Hütten in kurfürstlichem Besitz.

Landesherrliche Beamte, so vor allem der Zehntner, übten die Kontrolle über die Hütten des jeweiligen Reviers aus. Demgegenüber war der Hüttenraiter des Bergreviers vermutlich für die kurfürstlichen Hütten zuständig. 1555 wurde Michael Schönlebe zum Oberhüttenverwalter bestellt. Er dürfte damit die Oberaufsicht über alle kurfürstlichen Hütten innegehabt haben. Eine eigentliche Landesbehörde in Form eines Oberhüttenamtes unter

Direktion der Bergverwaltung kristallisierte sich wahrscheinlich erst Anfang des 17. Jahrhunderts heraus. Das Oberhüttenamt bestand neben dem jeweiligen Oberberg- oder Berghauptmann aus dem Oberhüttenverwalter, dem Oberhüttenvorsteher, Oberhüttenraiter, Oberschiedswarden und Oberhüttenmeister sowie weiteren Assessoren und hatte außer der technisch-wirtschaftlichen Oberaufsicht über die Hüttenwerke auch die niedere Gerichtsbarkeit über die Hütten inne. Die behördliche Oberaufsicht und die obere Gerichtsbarkeit lagen weiterhin in den Händen des Oberbergamtes.

Bis zum 18. Jahrhundert vergrößerten sich die Hüttenwerke bei gleichzeitiger Konzentration der Produktion an wenigen Standorten. Zentrum der Hüttenproduktion war Freiberg. Eine große Zahl von wissenschaftlichen Erkenntnissen und technischen Neuerungen im Hüttenprozess garantierten einen kontinuierlichen Schmelzbetrieb und die Erwirtschaftung von Gewinnen. Am 4. Mai 1710 erließ Kurfürst Friedrich August I. ein Dekret zur Gründung der Generalschmelzadministration in Freiberg mit dem Ziel einer Zentralisierung des erzgebirgischen Hüttenwesens durch die Konzentration von Erzankauf (zentral von allen Gruben) und Schmelzbetrieb. Die Erze wurden nach einem festgelegten Probierversfahren auf ihren Metallgehalt geprüft und nach festen Taxen bezahlt.

Durch Nutzung wissenschaftlicher Erkenntnisse erlebte das Hüttenwesen im 19. Jahrhundert eine Blüte. Sie basierte wesentlich auf dem Betrieb des Amalgamierwerkes Halsbrücke (1790 – 1857), dem Einsatz von Steinkohle, neuen Gebläsen sowie modernen Schmelzöfen und -verfahren. Die Produktpalette umfasste z.B. Silber, Gold, Blei, Kupfer, Platin, Wismut, Schwefelsäure und Kupfervitriol. Der Fiskus legte 1825 die staatlichen Hüttenbetriebe zu den Hüttenwerken Halsbrücke und Muldenhütten zusammen. Die zunehmende Einfuhr ausländischer Erze und Schmelzgüter sicherte auch nach Rückgang der Erzlieferungen

durch die Freiburger Gruben den Betrieb der Hüttenwerke. Mit Erlass des Allgemeinen Berggesetzes vom 16. Juni 1868 und gleichzeitiger Auflösung von Berghauptmannschaft und Oberbergamt wurde das Oberhüttenamt selbstständig und übernahm die behördliche und technisch-wirtschaftliche Oberleitung über die fiskalischen Hüttenwerke. Als oberste Instanz in Bergsachen fungierte das Finanzministerium in Dresden. 1924 erfolgte mit gleichzeitiger Übernahme des Blaufarbenwerkes Oberschlema eine Umbenennung des Oberhüttenamtes in Generaldirektion der staatlichen Hütten- und Blaufarbenwerke und 1940 in Oberdirektion der Staatlichen Hütten- und Blaufarbenwerke. Nach dem 2. Weltkrieg wurde die Oberdirektion aufgelöst und die Staatlichen Hütten- und Blaufarbenwerke als Zweigbetrieb in die Industrieverwaltung 5 eingegliedert.

Vor der Neuerschließung des Bestandes 40035 Oberhüttenamt Freiberg existierten im Bergarchiv mehrere Teil- und Splitterbestände, die auf unterschiedliche Weise ins Bergarchiv übernommen bzw. aus anderen Beständen herausgelöst wurden, so beispielsweise durch umfangreiche Übernahmen aus dem Verwaltungsarchiv des VEB Bergbau- und Hüttenkombinates „Albert Funk“ (Mitte der 1990er Jahre) oder Übernahmen, die 2003 im Rahmen einer Beständebereinigung zwischen den Staatsarchiven aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden erfolgten. Die Archivalien der verschiedenen Teilbestände waren zwar mit einigem Zeitaufwand auffindbar, obwohl die Kartei keine Gliederung aufwies und die des Findbuches den Ansprüchen nicht genügte. Aber es bestanden durch z. T. unzureichende Titelbildung, fehlende Enthält-Vermerke und fehlende oder mangelhafte Datierung erhebliche Informationsdefizite.

Nachdem bereits im Jahre 2000 eine Reinigung, Neuverpackung und Umsignierung der Teilbestände erfolgt war, wurde 2004 eine Neuerschließung (per Augias, mit detaillierter Klassifikation) unter Zusammenführung aller Teil- und

Splitterbestände zu einem Einheitsbestand beschlossen. Aufgrund der Bedeutung des Bestandes wurde, abgesehen von Serienakten, vorwiegend auf eine erweiterte Verzeichnung orientiert. Bei der Bewertung kam es zur Kassation von einigen wenigen Doppelstücken auf Akten- und Einzelblattebene. Aus Bestandserhaltungsgründen mussten mehrere stark geschädigte Akten für die allgemeine Benutzung gesperrt und in die zentrale Schadensliste des Bergarchivs aufgenommen werden. Im Ergebnis der Erschließung wurden insgesamt 2.398 Akteneinheiten verzeichnet.

Der Bestand zählt schon seit jeher zu den am meisten genutzten Beständen unseres Hauses und bietet die Grundlage für mannigfaltige Auswertungszwecke. Abgesehen von der Geschichte des sächsischen Hüttenwesens schlechthin, findet man hier umfassendes Quellenmaterial zu international anerkannten wissenschaftlichen und ingenieurtechnischen Meisterleistungen. Dazu zählen beispielsweise das Amalgamierwerk mit Druckwasserwerk und erster Gasbeleuchtung in Europa, das Zylindergebläse der Muldner Hütte, die Hohe Esse als derzeit höchstes Ziegelbauwerk der Welt, der Kurprinzer Bergwerkskanal mit Kahnhebehaus. Eine Vielzahl metallurgischer Erfindungen wie z. B. das Silberrohschmelzen nach Barthel Köhler, die Einführung der europäischen Kaltamalgamation, die Pattinsonsche Silberextraktion oder der Bau des Wellnerschen Doppelofens zeugen von den Fähigkeiten der sächsischen Hüttenleute.

Bedeutende Persönlichkeiten des sächsischen Berg- und Hüttenwesens wie J. W. F. v. Charpentier, Ch. E. Gellert, B. v. Cotta, C. F. Brendel, W. A. Lampadius, F. Reich, C. A. Winkler u. v. a. sind mit der Tätigkeit des Oberhüttenamtes verbunden. Sächsische Fürsten, ausländische Besucher und bekannte Persönlichkeiten besichtigten die Hüttenwerke. Hüttenbeamte bereisten die Welt, beispielsweise Lateinamerika, oder wurden in ausländische Dienste abgesandt. Nicht unbedeutend war z.B.

auch die Verlegung der Sächsischen Münzstätte von Dresden nach Muldenhütten. Zwischen 1887 und 1900 wurden hier, neben Gedenkmünzen und Medaillen, Geldstücke im Wert von über 37 Millionen Mark gemünzt. Auch zur Geschichte des Transport- und Bauwesens oder der Energie- und Wasserwirtschaft bietet der Bestand umfangreiche Informationen.

Besonders zahlreiche Quellen findet man zum Thema Umweltbelastung und Hüttenrauchschäden, zumal das Problem über Jahrhunderte die Berg- und Hüttenverwaltung beschäftigte. Schon frühzeitig klagten die umliegenden Dörfer und Anwesen. Es kam zu Entschädigungszahlungen, Gerichtsprozes-

sen und massenweisen Aufkäufen der hüttenrauchgeschädigten Grundstücke und Waldungen durch den Fiskus.

Nicht zuletzt für die Erforschung der Arbeitsbedingungen im Berg- und Hüttenwesen, der sozialen Verhältnisse sowie des Armen- und Medizinalwesens bietet der Bestand ein großes Betätigungsfeld. Ein systematischer Ausbau des Knappschaftswesens und frühe Maßnahmen zur Versorgung der Hüttenarbeiter, wie z. B. die Anstellung von Hüttenärzten oder die Errichtung der Rumfordschen Suppenanstalt, das Freiburger Bergmagazin, das Sieghardtsche Legat und andere Stiftungen zur Versorgung von Kranken, Witwen und Waisen, die Einrichtung des Schlackenbades in

Halsbrücke oder die Förderung des Schulwesens sind einige Beispiele. Auch zum Habit der Hüttenbediensteten, zu den Kirchenständen und Begräbnisregulativen sowie zum berg- und hüttenmännischen Brauchtum oder zu regionalgeschichtlichen Ereignissen finden sich zahlreiche Quellen. Fazit: der Bestand dokumentiert in umfassender Weise das Hüttenwesen Sachsens in technisch-wirtschaftlicher, aber auch sozialer und gesellschaftlicher Hinsicht im Zeitraum (1580) 1607 – 1949, also rund 350 Jahre Hüttengeschichte.

CLAUDIA THIEL
BERGARCHIV FREIBERG

SÄCHSISCHE JURISTEN IM „DRITTEN REICH“

„Es wäre ja wirklich ein trauriges Zeichen für den Anwaltsstand, wenn man gerade dem guten deutschen Anwalt nicht zutrauen würde, in zulässiger und zweckmäßiger Weise Verbrecher, auch Staatsfeinde, zu verteidigen“. Mit diesen Zeilen protestierte der Rechtsanwalt Karl Stephan Napoleon Freiherr von Friesen 1937 gegen Anfeindungen der nationalsozialistischen Parteipresse seinen Standeskollegen gegenüber und wollte diese Ansicht sogar dem „Schwarzen Korps“, der Hauszeitschrift der SS, mitgeteilt wissen. Friesen war dabei selbst SS-Mann. Sein Protest ist Ausdruck der nicht eindeutig zu benennenden Rolle, die Anwälte und Juristen überhaupt zwischen 1933 und 1945 spielten. Das Schreiben ist Teil von Friesens Personalunterlagen aus der Gaugeschäftsstelle Sachsen des Nationalsozialistischen Rechtswahrerbundes e. V. (NSRB) im jetzt erschlossenen Bestand 12504 des Hauptstaatsarchivs Dresden.

Der NSRB war ein angeschlossener Verband der NSDAP in der Rechtsform

des eingetragenen Vereins. Gegründet wurde er 1928 als Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen (BNSDJ) zur Verteidigung von Nazi-Aktivisten vor Gericht. Unter seinem Vorsitzenden Hans Frank, dem späteren Generalgouverneur von Polen, verstand sich der Bund darüber hinaus als Instrument zur ideologischen Durchdringung der Juristenschaft und zur Formung eines „völkischen“ Rechtsverständnisses. Andererseits wurde der BNSDJ mit der Gleichschaltung der etablierten berufsständischen Vereinigungen 1933 die einzige Interessenvertretung der Juristen. Der vorher nur kleine Bund schwoll zur Massenorganisation an, auch wenn kein Jurist formell zum Beitritt gezwungen war. Mit dieser Expansion verlor der BNSDJ – seit 1936: NSRB – an ideologischer Geschlossenheit; nicht mehr als 50 % der Mitglieder waren auch in der NSDAP. Das Ziel der Umformung von Juristen zu „Rechtswahrern“ nach „völkischem“ Verständnis wurde nicht erreicht. Auch blieb der NSRB rechtspolitisch einflusslos. Im Gegeneinander der Institutionen des

NS-Staats war die Rolle des parteiamtlichen Gegenspielers der Justizverwaltung schon mit dem Rechtsamt der NSDAP besetzt, das ebenfalls von Hans Frank geleitet wurde.

Die Bedeutung der Unterlagen im Bestand 12504 liegt jedoch in ihrer Aussagefähigkeit zu Biographie und Haltung sächsischer Anwälte im „Dritten Reich“, denn es handelt sich um Personalakten aus der Dresdner Geschäftsstelle des 1930 gegründeten NSRB-Gaus Sachsen: Zu 860 Juristen sind Aufnahmeanträge und Personalbögen mit detaillierten Angaben zum persönlichen, fachlichen und politischen Werdegang enthalten, zu einer Reihe von Mitgliedern auch Beurteilungen für die Zulassung zum Anwalt, Fachanwalt, Notar und dergleichen, schließlich Urteile des Gauehrensgerichts des NSRB. Sachakten zur Organisation und Tätigkeit des Bundes in Sachsen sind hingegen nicht vorhanden. Auch die Personalunterlagen können nur einen Überlieferungssplitter darstellen, da der Gau Sachsen zum

Fachgruppe	Anzahl Personen	Anteil am Bestand	Enthaltene Namen (Initialen)
Richter u. Staatsanwälte	3	1 %	B
Rechtsanwälte/Notare	400	47 %	A – Z
Rechtspfleger	35	4 %	F – K
Wirtschaftsrechtswahrer	270	30 %	B – S
Junge Rechtswahrer	152	18 %	F – W
Summe	860	100 %	

STATISTIK DER PERSONALUNTERLAGEN IM BESTAND 12504 NATIONALSOZIALISTISCHER RECHTSWAHRERBUND E.V.

1. Januar 1941 mehr als 8.000 Mitglieder zählte.

Der NSRB war in Fachgruppen gegliedert, zu denen neben klassischen akademischen Juristenberufen auch Justizsekretäre in ihrer Funktion als Rechtspfleger und die weitläufige Gruppe der Wirtschaftsrechtswahrer einschließlich Buch- und Steuerprüfern zählten. Große Lücken in der vorgefundenen alphabetischen Ordnung der Unterlagen innerhalb der Fachgruppen zeigen Überlieferungsverluste an (s. Tabelle).

Wie die Unterlagen in das Hauptstaatsarchiv gelangten, lässt sich nicht mehr ermitteln. Vermutlich liegt der Zeitpunkt in den Wirren der unmittelbaren Nachkriegszeit. In den 1960er Jahren jedenfalls wurde der Bestand bereits durch eine Forschergruppe des Archivs im Auftrag der Staatlichen Archivverwaltung der DDR ausgewertet, um NS-Belastungen von Personen des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik zu ermitteln.

Welche Möglichkeiten der Auswertung bietet der Bestand der heutigen Geschichtswissenschaft? Zunächst zeichnen die Personalbögen detaillierte Biographien von Einzelpersonen. Ein herausragendes Beispiel ist der Leipziger Rechtsanwalt Dr. Johannes Fritzsche (1902 – 1945), der kurz vor Kriegsende aus ungeklärten Gründen von der Gestapo verhaftet und erschossen wurde. Deshalb und wegen angeblicher linker Gesinnung als Student wurde er nach dem Krieg als Humanist und Antifaschist geehrt. Anhand von Gerichtsakten, die heute im Staatsarchiv Leipzig verwahrt werden, konnte der Rechtshistoriker Hubert Lang aber schon 1999 nachweisen (in: „Themen juristischer

Zeitgeschichte“, Abt. 2, Bd. 5, S. 200 – 216), dass Fritzsche im Gegenteil ein entschiedener Nazi war. Er diffamierte jüdische und demokratische Anwaltskollegen und war während des Zweiten Weltkriegs in Devisensachen für das Reich tätig. Was Lang noch nicht auswerten konnte, ist Fritzsches Personalbogen im Bestand 12504 (s. Abbildung), der eine exemplarische rechtsextreme Karriere in der Weimarer Republik erkennen lässt, von der Mitgliedschaft im Freikorps 1919 bis zum Aufbau des BNSDJ als Landesleiter Sachsen-Thüringen Anfang der 30er Jahre. Solche individuellen biographischen Merkmale dürften auch in der zusammenfassenden statistischen Auswertung reiche Aufschlüsse versprechen, etwa hinsichtlich der Durchdringung des Juristenstandes mit überzeugten Nationalsozialisten. Ein denkbarer Untersuchungsgegenstand wären die Referendare in der Fachgruppe „Junge Rechtswahrer“, die bereits teilweise im NS-Staat sozialisiert worden waren.

Doch auch sachthematische Erkenntnisse lassen sich gewinnen. Insbesondere zeigen die Ehrengerichtsverfahren Gegensätze zur politischen Linie des NSRB auf, ohne dass die betreffenden Rechtswahrer deshalb in Opposition zum Nationalsozialismus gestanden haben müssen. Deutlich wird das anhand eines tragischen Themas, der gerichtlichen Vertretung von Juden. Eine „Judenverordnung“ des Bundes von 1935 hatte diese nur Amtswaltern und den Leitern der Rechtsberatungsstellen der NSDAP untersagt. Hinter dieser vergleichsweise offenen Regelung stand auch die Furcht, ein einträgliches Geschäft ganz den weiterhin zugelassenen jüdischen Anwälten über-

lassen zu müssen. „Arische“ Juristen, die Juden vor Gericht vertraten, machten sich aber dennoch verdächtig, wie der Zittauer Rechtsanwalt Langer, der 1937 jüdische Kaufleute aus Prag in einem Rechtsstreit mit Handwerkern seiner Heimatstadt vertrat, wobei Langer keinesfalls NS-Gegner, sondern im Gegenteil SA-Mann war. Der Chemnitzer Anwalt und Fliegerheld des Ersten Weltkriegs Johannes Zichäus war sogar als leidenschaftlicher Antisemit bekannt, und trotzdem vertrat er 1933 eine Firma im Besitz jüdischer „Mischlinge“ in ihrem Rechtsstreit mit einer Dienststelle der NSDAP.

Die Ehrengerichtsverfahren waren noch soweit rechtsförmig, dass entsprechende Denunziationen ohne einen tatsächlichen Verstoß gegen die „Judenverordnung“ erfolglos blieben. In anderem Zusammenhang konnte auch der ehemalige Vorsitzende des 1933 aufgelösten Vereins der Rechtsanwälte am Oberlandesgericht Dresden, Ernst Suppes, vom Ehrengericht nur verwahrt werden, als er – bürgerlicher Demokrat in der Weimarer Republik – 1936 demonstrativ an der Beerdigung eines jüdischen Anwalts teilnahm und ferngebliebene Rechtswahrer öffentlich für feige erklärte; ein seltenes Beispiel für offenen Protest aus menschlichem Anstand.

Eine verschärfte Novelle der „Judenverordnung“ des NSRB machte die gerichtliche Vertretung von Juden durch Mitglieder 1939 von einer Ausnahmegenehmigung abhängig und beseitigte damit die Grauzone, deren Ausnutzung durch die Anwälte wegen der Einschaltung des NSRB in politische Beurteilungen bei Zulassungsverfahren für ihre

Karrieren durchaus riskant gewesen war.

Der Bestand 12504 ist nunmehr vollständig erschlossen. Als Findmittel liegen die Augias-Datenbank und ein Findbuch mit behörden- und bestands-geschichtlicher Einleitung vor. Ein Teil

der Verzeichnungseinheiten unterliegt für die nächsten Jahre noch personenbe-zogenen Schutzfristen, die aber für Forschungsvorhaben verkürzt werden können. Das Sächsische Staatsarchiv, Hauptstaatsarchiv Dresden, stellt der historischen Forschung eine Quelle zur Verfügung, die Aufschlüsse über die

soziale Zusammensetzung und Haltung einer wichtigen Funktionselite während des „Dritten Reichs“ ermöglicht.

DR. HOLGER BERWINKEL
HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN

A 110
M.Nr. 95

Personalbogen

R

1. Familienname: <i>J. Fritzsche</i>	
2. Ruf- und Decknamen: <i>Oskar Willy Fritzsche</i>	
3. Geburtsort: <i>Dresden, Köpplitz</i>	
4. Geburtsdatum: <i>24. 3. 1902</i>	
5. Konfession: <i>früher aus d. ev. Kirche ausgetreten</i>	
6. Familienstand: <i>widw., auch, verwitw., getraut</i>	
7. Heiratsort: <i>Dresden</i>	
8. Heiratsdatum: <i>17. 3. 1927</i>	
9. Familien- und Rufname der Ehefrau: <i>Margareta geb. Köhler</i>	
10. Die Ehe mit: <input checked="" type="checkbox"/> wurde gelöst — getrennt — durch Urteil des Instanzgerichts: <input type="checkbox"/> Akt-Zerfall:	
11. Dienstzeit von	
12. Kinder aus 1. Ehe: <i>1 Sohn Dr.</i> Geburtsjahr: <i>29. 1. 1933</i> 2. Ehe: _____ Geburtsjahr: _____	
13. Stehwürde: <i>breton- preussisch-österreich- preussischer Staatsangehörigkeit</i>	
14. Bekanntstz: <i>1. Weltkrieg, Schmelzer, von hierher leben in Finnland und zwar in</i> <i>Haapiskall, Reichsbürger aber Staatsangehörige, staatenlos, haben die Staatsangehörigkeit von</i> <i>ausgegeben.</i>	

*) auch frühere, *) bei neuzeitlicher Stellung Angabe erforderlich, *) bei Wiederkehrsetzung nach Kenntnis der Daten der früheren Daten, jeweils die Namen der früheren Ehefrauen angeben.

PERSONALBOGEN FÜR RECHTSANWALT DR. JOHANNES FRITZSCHE
HSTADD, 12504 NATIONALSOZIALISTISCHER RECHTSWAHRERBUND E.V., NR. 4

ERSCHLIESSUNGSFORTSCHRITTE BEI SED-UNTERLAGEN

2009 feiert die Universität Leipzig ihr 600-jähriges Jubiläum. Für die Erforschung ihrer Rolle in den DDR-Jahren stellen die Bestände des Staatsarchivs Leipzig eine unverzichtbare Quellengrundlage dar, dazu zählen die Bestände 21132 SED-Kreisleitung der Karl-Marx-Universität und die zahlreichen SED-Grundorganisationen an den verschiedenen Fakultäten bzw. Sektionen. Diese Bestände waren bisher nur über ein Teilfindbuch und die Findkarteien des ehemaligen SED-Bezirksparteiarchivs Leipzig benutzbar. Die Wissenschaftler der Leipziger Universität, die derzeit an einer mehrbändigen Universitätsgeschichte arbeiten, konnten wegen der flachen Erschließung nicht die Archivalieneinheiten ermitteln, die sie für ihre Forschungen brauchten. Verzeichnungseinheiten wie „Protokolle“ und „Sitzungsberichte“, lediglich ergänzt mit den Angaben zur Laufzeit (von – bis) zeigen dem Benutzer nicht an, ob der Inhalt der Archivalien für sein Forschungsinteresse wirklich von Belang ist. Auf Wunsch der Universität und mit ihrer finanziellen Unterstützung wurde deshalb kurzfristig ein Erschließungsprojekt realisiert. Zwischen September 2005 und März 2006 konnte ein Findbuch zur SED-Kreisleitung Karl-Marx-Universität fertig gestellt werden, das nun die ca. 800 Archivalieneinheiten so darstellt, dass wir die Dienstleistungserwartung der Öffentlichkeit umfassend befriedigen können. Parallel dazu konnten auch zu einigen Grundorganisationen wie bspw. Geschichte, Medizin und Journalistik Findbücher vorgelegt werden.

Für die DDR-Geschichte sind neben dem Bestand 20237 Rat des Bezirkes Leipzig die Unterlagen der SED-Bezirksleitung eine gefragte Quelle. Zur Leipziger Bezirksleitung liegt ein elektronischer Findbuchentwurf vor.

Er umfasst derzeit schon 1.200 Seiten, beinhaltet alle Archivalieneinheiten, bietet aber im Wesentlichen bis auf die Unterlagen der Parteikontrollkommission nur eine einfache Erschließungsqualität. Um unnötige Archivalienbestellungen zu vermeiden und Anfragen hilfreich zu beantworten, ist eine tiefere Erschließung unumgänglich, vor allem wenn das Findmittel mittelfristig auch einmal elektronisch benutzt werden soll.

Im ersten Quartal 2006 wurde mit einer erweiterten Erschließung bestimmter Unterlagengruppen begonnen. Dazu zählten die Protokolle zu den Tagungen der SED-Bezirksleitung. Für den Zeitraum 1952 bis 1977 (120 Archivalieneinheiten) konnten sie vollständig erschlossen werden, bis Jahresende folgen die restlichen bis 1990. Des Weiteren wurden die Unterlagen der westdeutschen Arbeit der SED-Bezirksleitung im Rahmen einer erweiterten Erschließung bearbeitet. Damit rückt eine Unterlagengruppe in den Vordergrund, die bisher von der Forschung kaum beachtet wurde. Die bei der Leipziger SED-Bezirksleitung entstandenen 99 Archivalieneinheiten bilden mit ca. 30.000 Blatt die Agitation und Propaganda der Leipziger Genossen in ihrem Patengebiet Westfalen und Ostwestfalen/Lippe ab. Sie sind prall gefüllt mit Informationen zu den Infiltrationsversuchen und Kontakten zu SPD- und DGB-Funktionsträgern in Nordrhein-Westfalen. Diese Überlieferung zeigt die Bemühungen der SED, vor allem die Gegner des Godesberger Programms, mit dem die SPD programmatisch zur Volkspartei wurde, sowie Kritiker der Wiederbewaffnung anzusprechen.

Mitte der 60er Jahre intensivierte die SED ihre Agitationsbemühungen mit dem Ziel, die SPD von innen auszuhöhlen. Im Visier standen die zahlrei-

chen linken Hochschulgruppen, Juso-Bezirksvorsitzende und linksstehende SPD-Mitglieder, die die so genannten Notstandsgesetze ablehnten. Aus der Perspektive der DDR bedeuteten die Notstandsgesetze eine weitere Aufwertung der Bonner Republik, sahen doch die seit Anfang der 60er Jahre vorgelegten Gesetzentwürfe eine Ausweitung von Befugnissen der Exekutive vor. Sie waren der letzte Schritt in die volle Souveränität – aufgrund der schlechten Erfahrungen mit Artikel 48 der Weimarer Verfassung enthielt das Grundgesetz zunächst keine Regelungen für Krisensituationen wie Angriff oder Putsch. Die West-Alliierten hatten aber zum Schutz ihrer Truppen in Westdeutschland eine entsprechende Regelung verlangt. Mit der Großen Koalition waren die politischen Voraussetzungen für eine Grundgesetzänderung gegeben, die dann am 28. Juni 1968 in Kraft trat. Zwischen 1968 und 1972 reisten allein aus dem Leipziger Bezirk jährlich gut 60 Delegationen nach Westfalen. Neben dem FDGB war vor allem die Karl-Marx-Universität fest eingebunden in die Westarbeit, sie beteiligte sich auch an der Schulung linker Hochschulgruppen der Reformuniversitäten Bochum und Bielefeld, die im Rahmen von so genannten Sommerlagern nach Leipzig kamen.

Eine weitere interessante Unterlagengruppe, die intensiv erschlossen wurde, sind die Unterlagen über die Zusammenarbeit der SED mit den Blockparteien. Sie zeigen einerseits die Unterwanderung durch die SED und die Ausschaltung bürgerlicher Vorstellungen. Zum anderen aber auch die Instrumentalisierung durch die SED. Vor allem für die Studien zur Umgestaltung von Landwirtschaft, Handel und Handwerk ist diese Überlieferung sehr ergiebig. Sie bietet aber mit Blick auf die Bürgermeister aus

den Blockparteien auch zahlreiche Hinweise für die Orts- und Stadtgeschichte.

Einsteigern in die DDR-Forschung sei an dieser Stelle das „Netzwerk SED-Archivgut“ empfohlen, denn unter www.bundesarchiv.de/sed-archivgut erhalten sie einen Überblick über die

SED-Überlieferung der Stiftung Archiv Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO) im Bundesarchiv und der SED-Unterlagen in den Staatsarchiven. Neben Bestandsinformationen finden sich Literaturhinweise und ein Glossar mit Erklärungen zu wichtigen Begriffen aus dem SED-Sprachgebrauch. Diese Internetprä-

sentation ist das Arbeitsergebnis eines von der SAPMO initiierten Projektes, an dem sich auch die Staatsarchive der neuen Länder beteiligten.

DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
STAATSARCHIV LEIPZIG

WERDAUER FAHRZEUGBAU- UNTERLAGEN IM STAATSARCHIV CHEMNITZ VEREINT

Das Staatsarchiv Chemnitz verwahrt eine umfangreiche Überlieferung zum Fahrzeug- und Motorenbau. Insbesondere in der ersten Hälfte der 1990er Jahre wurde diese Überlieferung wesentlich erweitert. Dies wurde vor allen Dingen durch Besuche von Archivaren des Staatsarchivs Chemnitz in Unternehmen dieser Branche erreicht, die sich zum überwiegenden Teil in Liquidation befanden. In Gesprächen mit den Verantwortlichen der Unternehmen gelang es meist, seit 1993 auch unterstützt durch das Archivgesetz des Freistaates Sachsen, die Übergabe archivwürdiger Unterlagen an das Staatsarchiv zu vereinbaren.

In manchen Fällen stand das Archiv jedoch bereits vor vollendeten Tatsachen. So zum Beispiel bei der Leubnitzer Bodenverwertung GmbH, Nachfolger des VEB IFA Kfz-Werk „Ernst Grube“ Werdau. Ein bedeutender Teil des Betriebsarchivs war bereits dem Kreisarchiv Zwickauer Land übergeben worden. Einen weiteren Teil, darunter eine wertvolle Glasplatten-sammlung, hatte das Verkehrsmuseum Dresden übernommen.

Nach langen Verhandlungen gelang es, mit beiden Institutionen eine vertragliche Regelung abzuschließen und das Eigentum des Freistaates Sachsen

an den Archivalien sowie die Zuständigkeit des Staatsarchivs Chemnitz zu sichern. Es wurde vereinbart, die Unterlagen beiden Institutionen leihweise für 10 Jahre zu belassen. Diese Zeit sollte unter anderem dazu genutzt werden, bereits angelaufene Projekte sowohl im Kreisarchiv Werdau als auch im Verkehrsmuseum Dresden zu Ende zu führen. Der Vertragszeitraum lief Ende 2005/Anfang 2006 aus; vereinbarungsgemäß wurden die Unterlagen im November bzw. Dezember 2005 in das Staatsarchiv Chemnitz überführt.

Nunmehr befindet sich der einstmals an drei Standorten verwahrte Bestand 31069 VEB IFA Kraftfahrzeugwerk „Ernst Grube“ Werdau geschlossen im Staatsarchiv Chemnitz. Er hat einen Umfang von ca. 45 lfm. Zum Bestand gehören etwa 3.500 Glasplattennegative sowie eine große, noch nicht genau ermittelte Anzahl von Fotos, Dias und Rollfilmen sowie Findmittel.

Der umfangreichste Teil der Überlieferung betrifft die Zeit der staatlichen Wirtschaft nach 1945. In den übernommenen Unterlagen befinden sich jedoch auch Dokumente aus Vorgängerbetrieben des VEB IFA Kfz-Werk „Ernst Grube“ Werdau, so unter anderem der Fahrzeugbau Schumann GmbH Werdau. Dies sind insbeson-

dere Fotoüberlieferungen aus der Zeit der 1920er und 1930er Jahre. Dominierend sind in der Überlieferung Konstruktionsunterlagen mit technischen Zeichnungen sowie Forschungs- und Entwicklungsberichte zur Produktion von LKW, Straßenbahnwagen, Spezialfahrzeugen und verschiedenen LKW-Aufbauten.

Mit der Übernahme wurde die Überlieferung im Bereich Fahrzeug- und Motorenbau, besonders in der Nutzfahrzeugsparte, wesentlich bereichert. Die drei Teilbestände sind derzeit bereits benutzbar. Sie sollen nach Möglichkeit in naher Zukunft einheitlich erschlossen und elektronisch verzeichnet werden.

DR. KLAUS MÜLLER
STAATSARCHIV CHEMNITZ

DIE HISTORISCHE GESELLSCHAFT DRESDEN 1870 – 1945

Im Rahmen eines Praktikums im Hauptstaatsarchiv Dresden wurde im Dezember 2005 der Bestand 12517 Historische Gesellschaft Dresden erschlossen. Die überlieferten 35 Verzeichnungseinheiten mit einem Umfang von 0,4 lfm erlauben einen Einblick in das Wirken dieser wissenschaftlichen Vereinigung in Dresden für den Überlieferungszeitraum 1870–1945.

Bestanden in Dresden um 1870 mit dem Sächsischen Altertumsverein und dem Verein für Geschichte Dresdens bereits historische Vereine, die sich speziell der Geschichte Dresdens und Sachsens widmeten, so ging die Historische Gesellschaft aus dem Wunsch derjenigen hervor, „die sich mit Geschichte im allgemeinen irgendwie berufsmäßig zu beschäftigen hatten oder sonst ihr Neigung entgegenbrachten [...], einen Verein zu gründen, in dem die Geschichtswissenschaft als solche und im großen gepflegt“ werde. Die Gründung erfolgte am 22. Januar 1870 durch Ernst Förstemann, Gustav Helbig, Adolf Stern, Sophus Ruge, Reinhold Zöllner, Paul Pfotenhauer, Emil Fabian, Otto Meltzer, Konrad Reichard und Gustav Diestel im Hotel de France in Dresden. Bereits am 5. Februar 1870 wurden die Statuten, die Organisation und Arbeitsweise der Gesellschaft regelten, endgültig bestätigt. Erster Vorsitzender wurde Förstemann, erster Schriftführer Diestel. Nach Schwierigkeiten in den Anfangsjahren konnte der Fortbestand der Gesellschaft mit Beginn der 1880er Jahre als gesichert gelten. Nach dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs wurden 1914 zunächst keine Sitzungen mehr abgehalten. Erst im Oktober 1919 gelang die Wiederbelebung der Gesellschaft.

Die Historische Gesellschaft verstand sich als zwanglose wissenschaftliche



STUDIENAUSFLUG NACH DOHNA AM 4. JULI 1932
HSTADD, 12517 HISTORISCHE GESELLSCHAFT, NR. 12

Vereinigung akademisch gelehrter Fachgenossen. Den Zweck ihrer Zusammenkünfte sah sie in Vorträgen der Mitglieder und Gäste zu historiographischen, geschichtstheoretischen oder biographischen Neuerscheinungen sowie eigenen Forschungsergebnissen mit anschließender Diskussion. Die behandelten Themen umfassten alle Epochen der Menschheitsgeschichte. Nach 1919 erfolgte allerdings ein „auffallendes Zurücktreten der alten und auch der mittelalterlichen Geschichte zu Gunsten der Neuzeit“. Die Sitzungen fanden jeweils im Winterhalbjahr im Abstand von zwei Wochen statt. Nachdem in den 1920er Jahren die erst 1919 überarbeitete Satzung abhanden gekommen war, definierte man sich schließlich als „lose Arbeitsgemeinschaft zur wissenschaftl. Fortbildung ihrer Mitglieder“.

Auch nach 1933 war man bemüht, den eigenständigen und wissenschaftlichen Charakter zu bewahren. Am 29. Januar 1945 fand die letzte Sitzung statt, auf der zugleich das 75-jährige Gründungsjubiläum gefeiert wurde. Die Luftangriffe auf Dresden im

Februar 1945 verhinderten weitere Treffen. Eine Wiederbelebung nach Kriegsende gelang nicht.

Die Geschichte des Bestandes lässt sich aufgrund fehlender Übernahmeprotokolle nicht mit Gewissheit rekonstruieren. Der Bestand wird mit dem letzten Vorsitzenden, Staatsarchivrat Werner Ohnsorge, in das Hauptstaatsarchiv gelangt und dort nach 1945 verblieben sein. Wenn auch die Gesellschaft stets ein kleiner Verein blieb – sie zählte 1887 19, 1919 26 und Anfang 1939 etwa 50 Mitglieder –, erlauben die fast vollständig überlieferten Protokolle, Mitglieder- und Vortragsverzeichnisse einen tiefen Einblick in das wissenschaftliche Selbstverständnis und die historiographischen Schwerpunkte der Gesellschaft wie ihrer Mitglieder.

DANIEL RISTAU
TECHNISCHE UNIVERSITÄT DRESDEN

ROTHE GRUBE, ROTE GRUBE, ROTHGRÜBNER – ODER WIE?

„Überall, wo Bergbau betrieben wird, findet man, daß jedes Berggebäude einen besonderen Namen hat. Es ist das eine Einrichtung, welche nicht allein einer alten Sitte, sondern auch gesetzlichen Vorschriften ihren Ursprung verdankt“ (Heinrich Gerlach, MFA, 1865). Wer also Bergbau betreiben wollte, musste zuerst beim Bergmeister den Antrag zur Verleihung der neuen Grube bzw. des Grubenfeldes stellen. Das nannte man ein Bergwerk muten. Nachdem der Bergmeister die Angelegenheit geprüft und befürwortet hatte, wurde am Verleihtag (meistens mittwochs) der Name des Muters, Datum und Uhrzeit und der Name der Grube, den der Muter festlegte, ins Berg- bzw. Verleihbuch eingetragen und somit dem Muter das Bergwerkeigentum an der jeweiligen Grube verliehen. Dann erst konnte der Abbau der Erze im Grubenfeld beginnen.

In früheren Zeiten existierte im ganzen Erzgebirge eine außerordentlich große Anzahl von gangbaren Gruben, sehr viele davon allein im Freiburger Revier. Die Namen dieser Gruben offenbarten eine interessante Vielfalt. Auffällig ist, dass die Bergleute eine besondere Vorliebe für bestimmte Heilige hatten (St. Barbara, St. Anna, St. Daniel usw.) oder vorwiegend biblische bzw. religiöse Begriffe wie Gottes Segen, Gabe Gottes, Heilige Dreifaltigkeit, Himmlich Heer, Engelschar für ihre Namensgebung gebrauchten. Häufig verwendete der Muter auch seinen eigenen Namen als Zechennamen (Markus Semmler Stolln, Weichelts Hoffnung, Richter Zeche) oder gebrauchte Ortsbezeichnungen bzw. Eigennamen (Chemnitzer Zeche, Dresdner Bergbaulust, Rothschröberger Stolln). Auch Sprüche kamen als Grubennamen vor (Ich wags, Gott vermags oder Hab acht). Des Weiteren benutzte man Namen aus der Tier- und Pflanzenwelt (Weißer Hirsch, Hohe

Tanne, Kirschbaum oder Brüllender Löwe) oder die Gruben wurden nach bergmännischen Begriffen (Zscherper, Harter Schacht, Oberes Neues Geschrei) benannt. Nicht selten dienten die Namen von Fürsten und Adligen als Grubenbezeichnung (Kurprinz Friedrich August, Kaiser Heinrich, Graf von Savern, Schönberg). Aber auch eigenartige Namen oder solche mit etwas derbem Humor tauchen auf (Hämischer Bauer, Schlammige Frau, Narrenfresser). „Manchmal auch, heißt es in einer alten Schrift, ist man wieder gefällig genug, ein Berggebäude nach einem angenehmen Frauenzimmer zu benennen“ (Heinrich Gerlach). Dafür stehen dann Grubennamen wie Schöne Bäuerin, Junges Zartes Fräulein, Schöne Melusine oder Eleonore. Man könnte diese Aufzählungen noch lange weiter führen.

Die Schreibweise der Grubennamen bei der Erschließung der Riss- und Aktenbestände im Bergarchiv wurde lange Zeit mehr oder weniger individuell gehandhabt. Je nach Art der Überlieferung und zeitlichem Umfang der Bestände schrieb der jeweilige Bearbeiter die Grubennamen so, wie er sie in den entsprechenden Archivalien vorfand, und das konnte sogar innerhalb eines Bestandes (manche Bestände haben eine Laufzeit von mehreren hundert Jahren) mehrfach unterschiedlich sein. Bei über 100.000 Rissen und nahezu 5 Kilometern Akten (darunter eine Vielzahl von Grubenakten) kann da schon ein ganz schöner „Namenssalat“ entstehen. Mit Einführung der PC-Technik und den damit verbundenen neuen Recherchemöglichkeiten wurde klar, dass die unterschiedliche Schreibung der Grubennamen beträchtliche Informationsverluste mit sich bringen würde.

Schon vor mehreren Jahren wurde diese Problematik intern diskutiert. 2002 entwickelte das Bergarchiv eine

entsprechende Richtlinie. Dazu wurde das bergmännische Fachvokabular vereinheitlicht und die Schreibweise modernisiert (z. B. Schacht, Stolln, Pinge, Riss).

Nach dem Motto „So wenig Normierung wie möglich, so viel wie nötig“ wurden erstmals Grundregeln erstellt:

- Eine Modernisierung von Grubennamen, die keine Eigennamen darstellen, erfolgt nach der geltenden Rechtschreibung (Rothe Zeche wird zu Rote Zeche).
- Eigennamen, die eine ältere Schreibweise kennen, werden ebenfalls modernisiert. Dies gilt nicht für Ortsnamen, die ihre ältere Schreibweise beibehalten haben. (Jacob wird Jakob, Joseph wird Josef, aber: Rothschröberger Stolln bleibt).
- Zusammengesetzte Wörter werden vorwiegend getrennt und ohne Bindestrich geschrieben.
- Haupt- und Eigenschaftswörter werden groß geschrieben, alle anderen Wörter klein (Junge Hohe Birke Fundgrube, Gott wird helfen Fundgrube).
- Apostrophe werden getilgt (Ich bins nicht Fundgrube).
- Abkürzungen sind auszuschreiben. Eine Ausnahme bildet die Bezeichnung St., Sankt, die generell weggelassen wird.
- Zahlen werden ausgeschrieben (Drei Brüder Schacht). Eine Ausnahme bilden die Maßen, Orte und Gezeugstrecken von Gruben (diese werden wie folgt geschrieben: 3. Maß, 4.-7. Maßen).

Aber weil Ausnahmen die Regel auch hier immer wieder bestätigen, waren die Mitarbeiter des Bergarchivs mit diesen Regeln als Hilfsmittel noch nicht ganz zufrieden. Also „sammelten“ wir nach und nach in einer Access-Datenbank alle bei verschiedenen Erschließungsprojekten vorkommenden Grubennamen. Diese

alphabetisch geordnete Liste wurde redaktionell bearbeitet. Im Zweifelsfall erfolgte eine Angleichung des Namens an die Schreibweise in den Grubenverzeichnissen der beiden Standardwerke „Der Freiburger Bergbau“ und „Bergbau im Erzgebirge“ (Wächtler/Wagenbreth). Anschließend wurde die Systematik einschlägiger Rissbestände, wie die der Bestände 40040 Fiskalische Erzrisse und 40036 Deponierte Erzrisse, entsprechend überarbeitet. Die nun vorliegende Grubennamenliste

wird laufend ergänzt und gepflegt und dient mit rund 2.470 Grubennamen als archivisches Hilfsmittel bei der Erschließung und als Grundlage für die Recherche. Jeder Mitarbeiter des Bergarchivs kann über das interne Datennetz auf die aktualisierte Liste zugreifen. Im Benutzerraum liegt die Liste in Papierform aus.

Intime Kenner der Materie, Bergbauhistoriker und Hobbyforscher werden feststellen, dass hier und da ein Grubenname „normiert“ bzw. abgeän-

dert wurde. Aber als Archivare sind wir in erster Linie bestrebt, das Archivgut so zu erschließen, dass eine optimale Auswertung bzw. Recherche ermöglicht wird. Für sachdienliche Hinweise zu dieser Problematik sind wir jederzeit dankbar.

 CLAUDIA THIEL
 BERGARCHIV FREIBERG

MOZART IN DRESDEN

Auf Bitten des Fürsten Carl von Lichnowsky begleitete Wolfgang Amadeus Mozart 1789 seinen ehemaligen Klavierschüler auf einer Geschäftsreise, die ihn von Wien über Prag, Dresden und Leipzig nach Berlin und Potsdam führen sollte. Was mag Mozart wohl bewogen haben, an dieser langen und beschwerlichen Reise, einer der letzten großen seines Lebens, teilzunehmen? Vermutlich hoffte er auf eine Anstellung in preußischen Diensten oder doch zumindest auf eine Verbesserung seiner finanziellen Lage durch vielfältige musikalische Aufführungen.

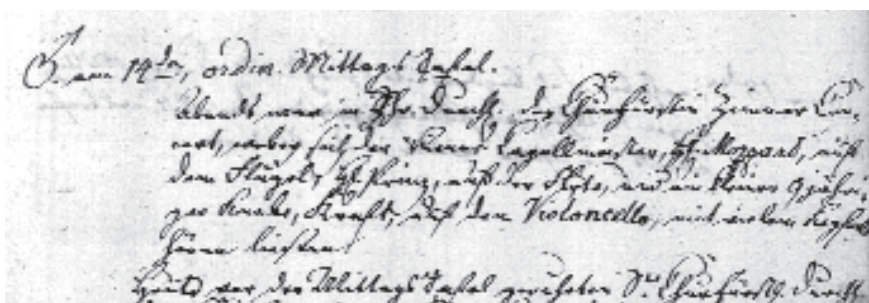
Am Abend des 12. April, es war der Ostersonntag des Jahres 1789, erreichten die beiden Reisenden von Prag kommend die Residenzstadt Dresden. Mozart betrat die Stadt nicht als Unbekannter, bereits 1785 konnte das Dresdener Publikum die „Entführung aus dem Serail“, aufgeführt von den „Churfürstlich sächsischen privilegierten deutschen Schauspielern“, erleben. Sie nahmen Quartier im 1753 von Samuel Locke neu errichteten „Hôtel de Pologne“ auf der Schlossstraße, Ecke Große Brüdergasse, dem vornehmsten Haus am Platz. Am darauf folgenden Ostermontag besuchte Mozart den Gottesdienst in der Katholischen Hofkirche, der heutigen Kathedrale des Bistums Dresden-Meißen. Zu Gehör

kam eine Messe des Oberhofkapellmeisters Johann Gottlieb Naumann, unter dessen persönlicher Leitung die Aufführung stattfand.

Zweifellos der Höhepunkt seines Dresdener Aufenthaltes war ein am Abend des 14. April 1789 im kurfürstlichen Schloss aufgeführtes Konzert. Über diese Aufführung finden wir im Hoftagebuch, das Eintragungen in den „Alten und verbesserten Schreibkalender“ samt Beilageblättern enthält, die folgenden Zeilen: „Abends war in Ihr[o] Durchl[au]cht der Churfürstin Zimmer Concert, wobey sich der Wiener Capellmeister, H[err] Mozart, auf dem Flügel, H[err] Prinz auf der Flöte, und ein kleiner gjähriger Knabe, Kraft, auf dem Violoncello, mit vielem Beyfall hören ließen.“ Das Tagebuch, ein in helles Pergament eingebundener Quart-

band von 20,5 x 18,5cm, gehört zum Bestand des Oberhofmarschallamtes und beinhaltet nach derzeitigem Forschungsstand den einzigen Hinweis auf Mozarts Dresdener Besuch in der Überlieferung des Hauptstaatsarchivs Dresden.

Konzerte in der „Churfürstin Zimmer“, worunter ein großer, zum Musizieren geeigneter Raum im Dresdener Schloss zu verstehen ist, hatten als intime Musizierstunden der kurfürstlichen Familie Tradition. Es kann davon ausgegangen werden, dass an diesem Abend weitere Prinzessinnen und Prinzen, die sich anlässlich des Osterfestes in Dresden aufhielten, dem Konzert beiwohnten. Die Musiker trafen dort auf ein sachverständiges und musikliebendes Publikum, dem der Name Mozart durchaus ein Begriff war. Kurfürst Friedrich



 EINTRAG IM HOFTAGEBUCH VOM 14. APRIL 1789 ÜBER DAS KONZERT WOLFGANG
 AMADEUS MOZARTS AM DRESDNER HOF
 HSTADD, 10006 OBERHOFMARSCHALLAMT, O IV, NR. 186

August III. (seit 1806 König Friedrich August I.) hatte unter der Vormundschaft seines Onkels, des Prinzen Xaver von Sachsen, eine sorgfältige, auch musische Erziehung genossen. Er entwickelte eine besondere Vorliebe für das Klavierspiel und besaß neben anderen Kompositionen eine Anzahl von Kammermusikwerken Mozarts, die er für zwei Klaviere bearbeiten ließ und mit Musikpartnern selbst spielte. Zum Bestand der kurfürstlichen Privatmusikaliensammlung (heute Teilbestand der Musikbibliothek der Sächsischen Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden) gehört auch das von Mozart am 14. April 1789 dargebotene Klavierkonzert Nr. 26 D-Dur (Krönungskonzert II, KV 537).

Die weiteren Akteure des Abends waren Nikolaus Kraft, Sohn des Violincellovirtuosen Anton Kraft und späteres Mitglied des Wiener Hoforchesters, und der Flötist Johann Friedrich Prinz, seit 1789 Mitglied der kurfürstlichen Kapelle in Dresden und virtuoser Meister auf diesem Instrument. Mitbeteiligt an diesen Aufführungen wird die Hofkapelle gewesen sein, nicht bekannt ist, in welchem Umfang. „Das ist ganz etwas außerordentliches für hier; denn hier kommt man sonst sehr schwer zu gehör“ lobt sich Mozart in einem Brief an seine Gemahlin Constanze, was bei einem Blick in die Literatur zur Dresdener Musikgeschichte jeder Grundlage entbehrt. Über die fürstliche Belohnung für das Dargebotene schreibt er nach Wien, er habe am darauf folgenden Vormittag für das Hofkonzert „eine recht schene Dose“ vom Kurfürsten erhalten. Johann Christian Hasche

vermerkt über das Konzert bei Hofe im Magazin der sächsischen Geschichte: „Mozart erhielt vom Churfürst 100, Kraft 50 Stück Ducaten“. Einen Quellenbeleg für diese Aussage gibt es nicht und so bleibt zu vermuten, dass die Dose möglicherweise eben diese 100 Dukaten enthalten haben könnte.

Für Mittwoch, den 15. April, erhielt Mozart eine Einladung zum Mittagessen beim kaiserlich russischen Außerordentlichen Gesandten, Fürsten Beloselskij, natürlich verbunden mit einer musikalischen Darbietung. Anschließend, so schreibt Wolfgang Amadeus an Constanze, ging man „auf eine Orgel“ Gottfried Silbermanns zum Wettspiel mit dem ebenfalls gerade in Dresden anwesenden Erfurter Klaviervirtuosen und Komponisten Johann Wilhelm Häßler. Dieses Duell fand vermutlich in der Hofkirche statt, allerdings waren auch die Frauenkirche und die Sophienkirche mit Silbermannorgeln ausgestattet. Am Abend des gleichen Tages besucht Mozart in Dresden Domenico Cimarosas Komische Oper „Le trame deluse“ („Das missglückte Ränkespiel“) und bezeichnet sie als „wahrhaft elend“, was zu hinterfragen wäre.

Mozart wird in verschiedenen vornehmen adeligen und bürgerlichen Häusern zu Gast gewesen sein, überliefert ist uns der Aufenthalt bei der Familie des Oberkonsistorialrates, Literaturkritikers und Kunstmäzens Christian Gottfried Körner am Kohlmarkt, dem heutigen Palaisplatz, am 16. und/oder 17. April 1789. Im Hause Körner herrschte ein reges Geistesleben, zu den Besuchern gehörten neben vielen anderen auch Friedrich

Schiller, Johann Wolfgang von Goethe, Johann Gottfried Herder, Heinrich von Kleist, Friedrich von Hardenberg (Novallis) und die Gebrüder Humboldt. Hier entstand auch eines der wenigen authentischen Mozartportraits, eine Silberstiftzeichnung von Körners Schwägerin, der Pastellmalerin und Miniaturzeichnerin Dorothea Stock. Heute ist das Portrait ein besonders wertvolles Stück der Internationalen Stiftung Mozarteum und wird im Rahmen des Mozartjubiläums nach 14 Jahren in Mozarts Wohnhaus erstmals wieder in der Öffentlichkeit zu besichtigen sein.

Dass Mozart in der Dresdener Gesellschaft „lauter meist hässlichen frauenzimmern“ begegnete, wie er Constanze schreibt, scheint wohl auf eine bestimmte Wirkung bei der Empfängerin dieser Zeilen hinzuzielen. Die im Stadtmuseum Dresden verwahrten Ölgemälde Minna Körners, der Gemahlin Christian Gottfried Körners, und Dorothea Stocks dürften das widerlegen. Interessant, aber nicht anhand von Quellen zu beweisen, ist der Gedanke, dass Mozart Kontakte zu Dresdener Freimaurerkreisen gefunden haben könnte, war er doch selbst seit November 1784 Mitglied in verschiedenen Wiener Logen. Am 18. April 1789, einem Sonnabend, setzten Fürst von Lichnowsky und Johann Amadeus Mozart ihre Reise nach Berlin fort. Die nächste Station war die Stadt Leipzig, die sie nach zwei Tagen erreichten. Mozart hat Dresden nur ein einziges Mal in seinem Leben besucht.

CHRISTINE WEISBACH
HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN

GEISTERFÜRST UND ARCHIVAR

Zu den seltenen Werken schöner Literatur, in denen uns Archivare begegnen, gehört E. T. A. Hoffmanns „Der Goldene Topf“ mit dem „Archivarius“ Lindhorst. Entstehungsgeschichte und Handlung des Märchens haben enge

Bezüge zu Sachsen, denn der „Goldene Topf“ entstand und spielt in Dresden. Aber auch das sächsische Archivwesen wird berührt, da Lindhorst sich „Königlicher Geheimer Archivarius“ nennt und insofern dem sächsischen Archivars-

stand angehört hat – wenn auch (nur) als literarische Figur.

Zunächst kurz zur Handlung: Anselmus, ein vom Unglück verfolgter Student, verliebt sich am Himmelfahrtstag in die

geheimnisvolle grüne Schlange Serpentina. Kurz darauf vermitteln ihm seine Freunde, der Konrektor Paulmann und der Registrator Heerbrand, Sekretärsarbeiten im Hause des Archivars Lindhorst. Dass dieser Serpentinas Vater ist, ahnt niemand. Inzwischen entdeckt Paulmanns Tochter Veronika ihre Gefühle für Anselmus. Um den Studenten für sich zu gewinnen, nimmt sie Hexenkünste in Anspruch. In Lindhorsts Bibliothek gelingt Anselmus das Abschreiben der schwierigen Manuskripte gut, da Serpentina ihm beisteht. Doch als er sich später, unter dem Einfluss der Hexenmagie, der schönen Veronika zuwendet, verdirbt er ein wertvolles Pergament und wird zur Strafe in eine Flasche eingesperrt. Die Hexe erscheint, um Anselmus' Verbindung mit Veronika zu vollenden und den mythischen goldenen Topf zu rauben. Es kommt zum Kampf mit dem Archivar Lindhorst, der ein aus dem Poesiereich Atlantis auf die Erde verbannter Salamander-Geisterfürst ist und erst zurückkehren darf, wenn seine drei zu Schlangen verwandelten Töchter Jünglinge mit „kindlichem poetischem Gemüt“ geheiratet haben. Lindhorst besiegt die Zauberin, Anselmus erhält Serpentina zur Frau und bezieht mit ihr in Atlantis ein „hübsches Rittergut“, wo er als Dichter ein glückliches Leben führt. Veronika Paulmann hingegen tröstet sich mit dem zum Hofrat ernannten Registrator Heerbrand.

E. T. A. Hoffmann vermengt im „Goldenen Topf“ wunderbares und alltägliches; trockener Realismus wechselt mit überschäumender, oft auch grotesk-gespensischer Phantasie. Fabelwesen greifen in das geordnete Dasein Dresdner Bürger; Geisterfürsten führen ein Doppelleben als Beamte; Bibliothekszimmer werden zu exotischen Palmengärten und Durchgangsstationen in eine andere, poetische Welt. Anselmus, der werdende Künstler, schwankt zwischen beiden Polen, denn sowohl die auf Gewinn und Karriere bedachten Lebenspraktiker (Paulmann, Heerbrand, Veronika) als auch die den Künsten zugewandten Sendboten des fernen Atlantis (Archivar Lindhorst, Serpentina) ringen um ihn. Den Sieg der Poesie und die Versetzung des Anselmus

nach Atlantis, womit der Kampf endet, relativiert E. T. A. Hoffmann allerdings, indem er den Schreiber des Märchens zu Wort kommen und die kümmerlichen Lebensumstände eines Literaten beklagen lässt.

Als wirkungsmächtiger Geisterfürst, wenn auch vorübergehend zu bürgerlichem Broterwerb verdammt, nimmt der Archivar Lindhorst im „Goldenen Topf“ eine Schlüsselstellung ein. Er wird zum Lehrmeister des Anselmus und beschützt ihn vor den „Zumutungen“ des Alltags. Die Schreibearbeiten in seinem Haus sollen erweisen, ob der Student sich eignet für die Verbindung mit Serpentina und die Aufnahme in das poetische Reich, und ihn zugleich an die dichterische Produktion überhaupt heranführen, wobei gerade nicht das nüchterne Kopieren der verworrenen orientalischen Manuskripte Erfolg verspricht, sondern ein kreativer Dämmer-Zustand, in dem die Schreibearbeiten wie von selbst gelingen.

Wer unter diesen Voraussetzungen im „Goldenen Topf“ eine realistische Widerspiegelung zeitgenössischer archivarischer Praxis erwartet hat, wird enttäuscht sein. Dass Hoffmann diese in literarischer Form hätte leisten können, dürfte außer Zweifel stehen, denn als preußischem Verwaltungsjuristen mit langjähriger Behördenpraxis waren ihm Schriftgutverwaltung und Archivwesen sicher gut bekannt. Nicht zufällig hat er bei der Gestaltung literarischer Figuren immer wieder gern auf die Welt des Behördenlebens zurückgegriffen.

Bei Lindhorst ging es aber gerade nicht um eine berufspraktische Bestandsaufnahme, sondern um das Wirken als Geisterfürst und Mentor des Anselmus. Die Eigenheiten des Archivars („ein ganz wunderlicher alter Mann“, „kurios in absonderlichen Redensarten“, hagere Gestalt, stechender Blick), seine Fähigkeit, mit bloßer Hand Feuer zu schlagen oder bei Bedarf Tiergestalt anzunehmen, kennzeichnen den zauberkräftigen Salamander und Bürger von Atlantis, nicht aber den staatlich bestellten Hüter historischer Dokumente in

Dresden. Konsequenterweise führt Lindhorst im „Goldenen Topf“ eine irgendwie erkennbare archivarisches Tätigkeit nicht aus; nur ganz undeutlich wird von seinen amtlichen Geschäften gesprochen. Nicht aus dem Archiv kopiert Anselmus Manuskripte, sondern aus Lindhorsts Privatbibliothek; nicht dem Archivar Lindhorst werden Aktenwesen und Geschäftsverkehr zugeordnet, sondern dem Registrator Heerbrand, der in einem Gespräch über Anselmus' Tagträumerei sehr unpoetisch mitteilt, ihm sei „einmal nachmittags beim Kaffee in einem solchen Hinbrüten, dem eigentlichen Moment körperlicher und geistiger Verdauung, die Lage eines verlorenen Aktenstücks wie durch Inspiration eingefallen“.

Bestehen somit zwischen dem „Königlichen Geheimen Archivarius“ Lindhorst und dem sächsischen Archivwesen keine Verbindungen? Vielleicht nicht ganz. Historisch korrekt ist immerhin Lindhorsts Amtsbezeichnung, denn diese trug der Leiter des sächsischen Geheimen Archivs – im Jahr 1813, als sich E. T. A. Hoffmann in Dresden aufhielt und den „Goldenen Topf“ verfasste, Karl Gottlob Günther (1752 – 1832). Es begegnen in Hoffmanns Märchen Stationen von Günthers Beamtenkarriere (Student, Privatsekretär, Geheimer Registrator, Hofrat, Geheimer Archivar), wenn auch verteilt auf Anselmus (Student, Privatsekretär), Heerbrand (Registrator, Hofrat) und Lindhorst (Geheimer Archivar). Ferner fällt auf, dass beide Archivare Privatbibliotheken unterhielten, wobei die von Günther als eine der umfangreichsten und kostbarsten Dresdens galt, und sich als Pflanzenliebhaber in ihren Hausgärten an Blumen oder Kakteen erfreuten.

Damit enden die Bezüge zwischen Märchen und Realität aber bereits. Günthers Leistungen als Archivar (Unterbringung des Geheimen Archivs im sogenannten Ballhaus, womit die Lagerung des Archivgutes und die Arbeitsbedingungen der Archivare erheblich verbessert wurden; verstärkte Einflussnahme auf die Aktenbildung in den Behörden sowie auf die Ermittlung und

Erfassung von Archivgut; Organisation und Durchführung umfangreicher archivischer Ordnungsarbeiten) spielen im „Goldenen Topf“ selbstverständlich keine Rolle. Es fehlen übrigens auch Anhaltspunkte dafür, dass E. T. A. Hoffmann während seines mehrmonatigen

Aufenthalts in Dresden Karl Gottlob Günther und dessen Wirkungsstätte kennen lernte. Jedenfalls verraten Korrespondenz und Tagebuch nichts hiervon. Zu Hoffmanns Dresdner Freundeskreis gehörten Schauspieler, Musiker und Literaten, nicht aber Juristen, Beamte und

Archivare; in der kriegsbedrängten Stadt besuchte der Künstler Theater, Kaffeehäuser und mehrfach die Gemäldegalerie, nicht aber das Geheime Archiv.

DR. JÖRG LUDWIG
ZENTRALE AUFGABEN, GRUNDSATZ

WORKSHOP FERCHER FILME

Zum 6. Dezember 2005 lud das Sächsische Staatsarchiv zu einem Workshop zur Nutzbarmachung der so genannten Fercher Filme, der Sicherungsfilm der DDR, in das Staatsarchiv Leipzig ein. Ziel war es, einen Erfahrungsaustausch zwischen den betroffenen Archivverwaltungen zu ermöglichen und darüber hinaus das Wissen früherer Entscheidungsträger, Verfilmer und Duplizierer zusammenzuführen. Der Begriff „Fercher Filme“ meint Sicherungsfilm, die seit 1961 im Auftrag der Staatlichen Archivverwaltung der DDR erstellt und seit Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre zentral in die Bunker von Jüterbog und Ferch eingelagert worden sind. So begann die systematische Sicherungsverfilmung von Archivgut, auf der Basis der Haager Konvention zum Kulturgüterschutz von 1954, im Osten wie im Westen zeitlich nahezu parallel.

Mit der Wiedervereinigung Deutschlands stellte sich die Frage nach der Zusammenführung der bis dato erstellten Filme. Als zentrale Lagerungsstätte mit ausreichender Aufnahmekapazität wurde der Oberrieder Stollen im Schwarzwald bestimmt. Nach einer inhaltlichen Prüfung beschlossen die Archivreferentenkonferenz (ARK) und das Bundesamt für Zivilschutz, die so genannten Fercher Filme nahezu vollständig dorthin zu überführen. Doch vorab sollte eine Umkopierung auf Polyester erfolgen, da die in der DDR bis zuletzt eingesetzten Acetatfilme nicht langzeitstabil sind. Eine entsprechende Umkopierung der Sicherungsfilm der Bundesrepublik war bereits in den Vorjahren abgeschlossen worden. Die Duplizierung der Fercher Filme wur-

de im Jahr 1993 begonnen und mit Ablauf des Jahres 2005 bis auf wenige Einzelstücke beendet. Die damit wieder verfügbar gewordenen eigentlichen „Fercher“ Aufnahmefilme wurden den jeweiligen Herkunftsländern der verfilmten Bestände zur Rückübernahme angeboten.

Zu Beginn des Workshops führte Dr. Martin Luchterhand (Landesarchiv Berlin), Vorsitzender des Fototechnischen Ausschusses der ARK, mit einem kurzen Abriss über die Aktivitäten des Fototechnischen Ausschusses in die Thematik der Fercher Filme ein. Petra Sprenger (Sächsisches Staatsarchiv, Zentrale Aufgaben/Grundsatz) bot einen inhaltsreichen Überblick zur Geschichte der Sicherungsverfilmung der DDR. Sehr interessant waren im Anschluss auch die Schilderungen von Lothar und Jutta Bänsch, die über die technischen Details und Entwicklungen in der damaligen Zentralstelle für Reprographie in Kossenblatt berichteten. Wolfgang Blöß ergänzte als Vertreter der DDR-Archivverwaltung mit einem engagierten Beitrag die Perspektive der damaligen Entscheidungsträger. Martina Wermes (Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig) stellte die Besonderheiten der Verfilmung genealogisch relevanter Unterlagen in der DDR vor. Dietrich Hofmaier, Seniorchef der Firma MFM, die nach 1990 mit der Umkopierung beauftragt worden war, schilderte seine Erfahrungen beim Umgang mit den Fercher Filmen, und Klaus Etzenberger, Leiter der Verfilmungsstelle Brandenburg, gab einen Überblick über den derzeitigen Stand der Datenerfassung. Zum Abschluss stellte die Autorin dieses Artikels die bisher im Sächsischen Staats-

archiv unternommenen Maßnahmen zur Bewertung und Nutzbarmachung der Fercher Filme vor. So entstand aus der unterschiedlichen Perspektive der Teilnehmer ein rundes und detailliertes Bild der Entstehungs- und Nutzungsgeschichte der DDR-Sicherungsverfilmung.

Im Ergebnis des Workshops kann zusammenfassend festgestellt werden, dass länderübergreifend von der Gesamtheit der Fercher Filme 40 % rückübernommen und 60 % zur Vernichtung freigegeben worden sind. Die sächsische Archivverwaltung gehört dabei zu denjenigen Bundesländern, die das Angebot, die Filme in den Archiven einer neuen Nutzung zuzuführen, angenommen haben. Nun gilt es, einen Überblick zu gewinnen über die inhaltliche und technische Qualität der übernommenen Filme und über das etwaige Vorhandensein weiterer Filmduplikate. Eine Schwierigkeit bei der Beurteilung der jeweiligen Filmqualität liegt bei den bislang nicht ausreichend objektifizierbaren Qualitätsanforderungen. Doch noch wesentlicher ist die vollständige Erfassung der Filme (Aufnahmefilme und Filmduplikate) sowie die Verzahnung dieser Daten mit den allgemeinen Findmitteln der Bestände. Ein erster Schritt auf dem Weg zu diesem Ziel wird erreicht sein, wenn hoffentlich in Kürze die bundeseinheitliche Datenbank der „Fercher Filme“ verfügbar ist. Es ist vorgesehen, die Beiträge des Workshops auf einer CD zusammenzuführen und für Interessenten zur Verfügung zu stellen.

BARBARA KUNZE
ZENTRALE AUFGABEN, GRUNDSATZ

VIDEOS AUS DER DDR?

Der Bestand des Staatsarchivs Leipzig 20298 „Zentralhaus für Kulturarbeit, Leipzig“ enthält in seinem audiovisuellen Teil hauptsächlich das Zentrale Amateurfilmarchiv: Rund 1000 Objekte v. a. im 16-mm-Filmformat. Daneben enthalten sind Magnetband-Kassetten in einem ungebräuchlichen Format. Die Kassetten, überwiegend vom ostdeutschen Label ORWO (!), lassen auf ein Heim-Video-Format der Fa. Philips aus den 1970er Jahren schließen, das zunächst „VCR“ hieß, woraus die Normvarianten „VCR-Longplay“ und „SVR“ entwickelt wurden. Die VCR-Formatfamilie wurde schon in den 1980er Jahren aufgegeben, weil andere, unabhängig neu entwickelte Videosysteme (VHS, Video2000, Betamax) moderner waren. So existiert heute kein Abkömmling der VCR-Familie, dessen Abwärtskompatibilität (Fähigkeit eines Nachfolgesystems, auch die Vorgängerformate noch abspielen zu können) man nutzen könnte, um das historische Format wiederzugeben.

Schon äußerlich erscheinen die VCR-Kassetten ungewöhnlich (s. Abbildung): Üblicherweise liegen beide Bandwickel nebeneinander in einer Magnetband-Kassette, die deshalb eine gestreckte Form haben muss. In der VCR-Kassette jedoch liegen die Bandwickel übereinander, was die nahezu quadratische Bauform zulässt, aber die doppelte Höhe ergibt. Um die überlieferten VCR-Videokassetten sichten und bewerten zu können, wurde zunächst im Umfeld des früheren Zentralhauses für Kulturarbeit, wo die Überlieferung entstanden war, recherchiert. Tatsächlich fand sich der ursprünglich verwendete Philips-VCR-Videorecorder an, war jedoch nicht mehr benutzbar: Alle Gummi-Bauteile des Laufwerks waren vergangen, der Schaltplan nicht mehr verfügbar.

1998 bot ein einziger Dienstleister an, die VCR-Kassetten umzukopieren, jedoch erschien seine Preisliste völlig

unangemessen. Darauf folgende Bemühungen, die Herausforderung selbst anzunehmen und ein funktionstüchtiges VCR-Laufwerk aus den alten Bundesländern günstig zu beschaffen, scheiterten, nicht zuletzt deshalb, weil die drei VCR-Normvarianten zueinander inkompatibel sind. In späteren Jahren winkten Fachleute aus der Medienszene nur noch ab: Passende Recorder hatten wohl Etliche noch im Regal, sich wirklich darauf einlassen wollte keiner. Das VCR-Verfahren galt als störanfällig und aufwändig. Erst im vergangenen Jahr ließ sich ein „alter Medienhase“ zu dem Versuch überreden, die VCR-Kassetten so weit wie möglich technisch zu bearbeiten. Er setzte sein VCR-Laufwerk in Funktion,

überprüfte die Kassetten mechanisch, reinigte und klebte die Bänder bei Bedarf. Während des Kopiervorgangs musste er bei geöffneter Maschine ständig die Spurlage korrigieren. Auf diese eher handwerkliche Art wurde der Inhalt von 19 der gesamt 24 VCR-Video-kassetten gesichert, die übrigen Kassetten enthielten keine auswertbare Aufzeichnung.

Der Vorgang hat inhaltliche, medienhistorische und archivarische Aspekte. Die nun zugänglichen Videoaufnahmen vermitteln die Atmosphäre von Workshops und Leistungsvergleichen verschiedener Genres des so genannten „Künstlerischen Volksschaffens der DDR“ zu Anfang der 1980-er Jahre, vom



ORWO-VIDEOKASSETTE VC 45 AUS DEM BESTAND 20298 ZENTRALHAUS FÜR KULTURARBEIT, LEIPZIG

Bühnen- und Folkloretanz über die Diskothek bis hin zum Kabarett. Somit wird die audiovisuelle Quellenlage auf einem Terrain verbessert, von dem bisher nur der Amateurfilm zugänglich war. Aufschlussreich waren auch die wenigen TV-Mitschnitte, die neben den Eigenproduktionen enthalten sind: Udo Lindbergs Rock-Konzert im Palast der Republik (DDR-Fernsehen), aber auch ein Fragment vom „Musikladen“ und ein Warentest der damaligen Heim-Videotechnik (beides BRD-Fernsehen).

Der medienhistorische Aspekt des Befunds ist erst im DDR-Kontext als Besonderheit wahrnehmbar: Das VCR-Videoformat war zwar auch in der DDR theoretisch bekannt, jedoch niemals allgemein verfügbar, genauso wenig wie irgendein anderes Heim-Videoformat. Bekanntlich gelangten im Sommer/Herbst 1989 erstmals VHS-Videorecorder in den DDR-Einzelhandel. Wieso also kann die Überlieferung einer zwar ministeriellen, aber regional angesiedelten Kultureinrichtung Videomitschnitte enthalten? Leider ist hier kein Raum, Histörchen über Beschaffungslente in der Mangel- und Planwirtschaft

der DDR darzubieten. Jedoch zeigen die überlieferten VCR-Kassetten auch die Grenzen der Improvisation auf. Ein Heim-Videorecorder macht noch keine Fernseh-Produktion, und so hat das Zentralhaus für Kulturarbeit anfangs mit geliehenen Farbkameras westlicher Herkunft aufgezeichnet, später mit einer umgebauten schwarz-weiß-Industriekamera aus DDR-Produktion, die nur sehr beschränkte Bildqualität zuließ (mündliche Mitteilung von Günter Börner, Leipzig, der am früheren Zentralhaus für Kulturarbeit die Medientechnik betreute).

Allerdings, dies sei hier angemerkt, stellen auch heute lokale und regionale Stellen mittels jeweils verfügbarer Consumer- oder semiprofessioneller Ausrüstung audiovisuelle Unterlagen her, die eine Herausforderung für die spätere Archivierung ergeben können. Der rasche Aufstieg und Untergang eines Aufzeichnungsverfahrens, wie er für kurzlebige „Endverbraucher“-Technik charakteristisch ist, wirft im Archiv allemal besondere Fragen auf.

Das Beispiel zeigt freilich: Nicht das Magnetband hat versagt, und auch die

Maschine war nur insofern problematisch, als ihre Nutzung an Wartung und Know-how gebunden ist.

Zum Zeitpunkt seiner Einführung beim Zentralhaus für Kulturarbeit (frühe 1980er) war der „Medienbruch“ bereits eingetreten, wurde das störanfällige VCR-Verfahren nicht mehr weiterentwickelt, war ein alternatives Verfahren schon als quasi-Standard etabliert („VHS“). Im durchadministrierten Inselstaat DDR jedoch, abgeschnitten von der weltweiten medientechnischen Entwicklung, mag ein veraltetes Verfahren, ein gebrauchtes Gerät selbst für eine zentrale Kultureinrichtung das einzig Beschaffbare gewesen sein. Kurioserweise ist zu vermuten, dass die VCR-Kassetten gerade deshalb staatlich überliefert werden konnten, weil sie zum Zeitpunkt der Abwicklung des Zentralhaus-Nachfolgevereins (1994) veraltet waren und keinerlei Begierden mehr weckten, während alle später benutzten, moderneren VHS-Kassetten nicht angeboten wurden.

STEFAN GÖÖCK
STAATSARCHIV LEIPZIG

SCHÜLERWETTBEWERB GESCHICHTE: PLAUENER IN SACHSEN SPITZE

Der Schülerwettbewerb Geschichte der Körber-Stiftung stand 2004/05 unter dem Motto „Sich regen bringt Segen. Arbeit in der Geschichte“. Am Wettbewerb beteiligten sich 5.922 Jugendliche zwischen 8 und 21 Jahren. Aus Sachsen kamen 114 Beiträge. Damit liegt Sachsen an der Spitze der neuen Länder. Wenn man Sachsen mit seinen 4,3 Mio. Einwohnern aber etwa mit Rheinland-Pfalz vergleicht (4,05 Mio), so relativiert sich dieses Ergebnis, kamen doch von dort 127 Arbeiten.

Im Sachsen-Vergleich besonders engagiert und entsprechend erfolgreich waren Schüler aus Plauen. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes „Spitze in Sachsen“, erkämpften sie doch mehrere Preise mit Arbeiten zum Automobilbau und der Textilindustrie im Vogtland.

Dagegen fiel die Beute für die großen Städte sehr mager aus. Obwohl gerade die Geschichte von Chemnitz wie kaum eine andere Stadt mit dem Wettbewerbsthema verbunden ist, konnte sich

von den wenigen eingereichten Arbeiten keine qualifizieren. Auch die traditionsreiche Handels- und Messestadt Leipzig konnte lediglich einen Anerkennungspreis erzielen. Ausgezeichnet wurden Felicitas Hanke und Susanne Kommichau vom Theodor Mommsen-Gymnasium mit ihrer Arbeit über „Das Wirken des Verlegers Henri Hinrichsen in Leipzig“. Immerhin ein wenig erfolgreicher waren die Schulen in Dresden und Meißen. Das Dresdner Romain-Rolland-Gymnasium punktete gleich mit zwei Arbeiten zum Steinkoh-

lenbergbau im Döhlener Raum und zur Arbeit im Bereich der EDV und Rechen-technik am Beispiel des VEB Kombinat Robotron. Ein weiterer Preis ging an das Fritz-Löffler-Gymnasium in Dresden.

Besonders interessant ist der von der Jury ausgezeichnete Beitrag des Sächsischen Landesgymnasiums Sankt Afra in Meißen über jüdische Zwangsarbeit in Dresden während der NS-Zeit. Auch bei diesem Wettbewerb wieder erfolgreich war das Gymnasium Sankt Augu-

stin in Grimma. Der von Juliane Stoye und Antonia Voigtländer erarbeitete Beitrag „Die Arbeit und die Rolle der deutschen Frauen unterm Hakenkreuz – ‚Zuchtstute oder Arbeitsopfer‘“ überzeugte die Jury. Tutorin dieser Arbeit war Herma Lautenschläger, die mit ihren Schülern bereits seit Jahren für Sachsen beim Geschichtswettbewerb die Stange hält.

Das Thema zum diesjährigen Wettbewerb wird am 1. September bekannt gegeben. Das Sächsische Staatsarchiv

bereitet sich darauf vor. So wird das Staatsarchiv Leipzig in Kooperation mit dem Schulmuseum Leipzig, dem Regionalschulamt und der Körber-Stiftung für Lehrerinnen und Lehrer einen Workshop anbieten. Im nächsten Archivblatt werden wir über das Thema und dazu interessante Quellen in den Archiven ausführlich berichten.

DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
STAATSARCHIV LEIPZIG

PROJEKTTAG IM STAATSARCHIV CHEMNITZ

Geschichtslehrer des Gymnasiums „Prof. Dr. Max Schneider“ in Lichtenstein (Sachsen) baten im vergangenen Jahr das Sächsische Staatsarchiv/ Staatsarchiv Chemnitz um Unterstützung bei der Erforschung der Geschichte ihrer 150 Jahre alten Schule. Anlässlich dieses Jubiläums wollten sie gemeinsam mit interessierten Schülern vor allem Unterlagen aus den Anfängen der Schule auswerten, um einige davon in einer geplanten Ausstellung zu präsentieren. In einer Vorbereitungsphase wählten die Lehrer im Archiv Dokumente aus und machten die Schüler mit dem Projekt vertraut. Am 14. September 2005 kamen sie mit 28 Schülerinnen und Schülern der Klassen sieben bis zehn in das Chemnitzer Staatsarchiv. Die Schüler folgten zunächst mit einer gehörigen Portion Neugier einer Führung durch das Haus. Sie wurden mit den Aufgaben und den Nutzungsbedingungen bekannt gemacht und staunten über Lesesaal, Magazinräume, Urkunden, Akten, darunter auch Archivalien zur Geschichte ihrer Schule aus den Jahren 1855/56. „Das können wir ja gar nicht lesen“, lautete die einhellige Meinung. Von da war es nicht weit zu der Erkenntnis, dass man die deutsche Schreibschrift kennen muss, wenn man

tatsächlich bis an die Anfänge der Schulgeschichte vordringen will. Damit war gleichzeitig auch das Ziel des Projekttagess formuliert.

Nach einem kurzen Exkurs zur Entwicklung der Schrift folgten Erläuterungen zu den Besonderheiten der deutschen Schreibschrift. Bei der Theorie sollte es aber nicht bleiben. Zunächst galt es für die Schüler, einen kurzen gedruckten Text in deutsche

Schreibschrift zu übertragen, um sich mit den Eigenheiten der Buchstaben und Buchstabenverbindungen vertraut zu machen. Ein Blatt, das sämtliche Buchstaben in deutscher Schreibschrift enthielt, half den Schülern bei der Transkription. „Das ist ja wie Schreibenlernen in der ersten Klasse!“ Die ersten Versuche fielen noch krakelig aus, langsam wurde das Schriftbild jedoch besser. Am Ende dieses Übungsteils konnte jeder Schüler einige Zeilen



SCHÜLER DES GYMNASIUMS „PROF. DR. MAX SCHNEIDER“ LICHTENSTEIN BEIM
PROJEKTTAG IM STAATSARCHIV CHEMNITZ
FOTO: BARBARA SCHALLER

in der für ihn neuen Schrift vorweisen. Ein Schüler aus der siebenten Klasse hatte eine Postkarte seines Urgroßvaters mitgebracht. In der Pause transkribierte er den Text, was ihm mit ein wenig Unterstützung auch gelang. Voller Stolz verkündete er, dass er nun etwas könne, wozu seine Eltern nicht in der Lage seien. Die Geschichtslehrer hatten eine vierseitige Denkschrift des Glauchauer Schulinspektors Gruhl aus dem Jahr 1887 ausgewählt, in der dieser sich über die Besetzung der Lehrerstellen, die Zusammensetzung der Klassen und die Verbesserung der Lernergebnisse äußerte. Diese Denkschrift soll als Kopie mit transkribiertem Text die Ausstellung zur Schulgeschichte bereichern.

Im zweiten Teil der Übung bekamen Gruppen von jeweils vier Schülern die Aufgabe, einen kurzen Abschnitt in lateinische Schrift zu übertragen. Das Ergebnis sollte vorgelesen werden und sich zum Gesamttext zusammenfügen. Aktenoriginal und Leselupe lagen bereit, um über Leseschwierigkeiten hinwegzuhelfen. Die Schüler machten sich mit großem Eifer an die Arbeit. Lehrer und Archivmitarbeiter standen mit Rat und Erläuterungen zur Verfügung. Beim Vorlesen der Ergebnisse schmunzelten die Schüler über die Wortwahl am Ende des 19. Jahrhunderts und darüber, dass die Einrichtung gemischter Klassen mit Mädchen und Jungen als Novum galt. Am Ende kannten alle Schüler den gesamten Text und freuten sich sehr

darüber, die nicht ganz einfache Aufgabe gemeinsam so gut gelöst zu haben.

Für das Frühjahr 2006 ist ein weiterer Projekttag zur Auswertung von Dokumenten zur Schulgeschichte vorgesehen. Es hat eine Zusammenarbeit begonnen, die bei den Schülern sichtliches Interesse und bei den Archivaren Hoffnung auf noch intensivere Kooperation auch mit anderen – oft noch zurückhaltenden – Geschichtslehrern Südwestsachsens weckte.

BARBARA SCHALLER
STAATSARCHIV CHEMNITZ

„DAS ERSTE MAL DRESDEN“

Die Urkunde mit der ersten Erwähnung Dresdens vor 800 Jahren gehört zu den Schätzen des Hauptstaatsarchivs Dresden. Vom 31. März bis zum 14. Mai 2006 wurde sie in der Ausstellung „Das erste Mal Dresden. Der 31. März 1206 und die Entstehung der Stadt Dresden“ präsentiert, die das Stadtmuseum Dresden anlässlich des Stadtjubiläums in Kooperation mit dem Hauptstaatsarchiv veranstaltet hat. Das wertvolle Dokument wurde dort für sechs Wochen im Original gezeigt und stand im Kontext von Modellen, Animationen und Videos, die verdeutlichten, was die Urkunde über die Welt des 13. Jahrhunderts aussagt und welche Geschichten sich die Dresdner bis heute über die Entstehung ihrer Stadt erzählen. Die Ausstellung, die ab Herbst 2006 – dann ohne die Originalurkunde – zu einem Bestandteil der neuen stadtgeschichtlichen Dauerausstellung des Stadtmuseums wird, war von einem gut besuchten Rahmenprogramm aus Vorträgen und Themenführungen im Hauptstaatsarchiv und im Stadtmuseum begleitet.

Erstmals in ihrer Bedeutung für die Geschichte Dresdens gewürdigt wurde die

Urkunde im Rahmen des 700. Stadtjubiläums im Jahr 1906. Sie gehört zu den knapp 50.000 Pergamenturkunden, die das Hauptstaatsarchiv Dresden seit seiner Gründung im Jahr 1834 verwahrt, erhält und der Öffentlichkeit zugänglich macht. Darunter befindet sich auch das überhaupt älteste in Sachsen verwahrte Archivdokument aus dem Jahr 948.

Bei der Dresdner Ersterwähnungsurkunde handelt es sich um einen Urteilsspruch des meißnischen Markgrafen Dietrich vom 31. März 1206, in dem dieser einen Streit zwischen dem Bischof von Meißen und dem Burggrafen zu Dohna um die Burg Thorun bei Pesterwitz (Freital) zugunsten des Bischofs entschied. Der Landesherr stützte sich dabei auf ein Schiedsrichtergremium von fast 70 Personen, die teils aus der näheren Umgebung Dresdens, teils aus weiterer Entfernung stammten. Ihre Herkunftsorte sind in der Urkunde genau benannt, so dass das Dokument zugleich die Ersterwähnung einer Reihe weiterer sächsischer Orte beinhaltet. Auch einigen der heutigen Dresdner und Freitaler Stadtteile, wie Döhlen, Gompitz, Gorbitz, Kaitz und Potschappel, begegnen wir dort

zum ersten Mal. Dresden ist als Ausstellungsort der Urkunde genannt („Acta sunt hec Dresdene ...“). Dies deutet darauf hin, dass die Stadt als Ort einer landesherrlichen Gerichtsversammlung bereits einige Bedeutung gehabt haben muss. Um eine „Gründungsurkunde“ im eigentlichen Sinne handelt es sich bei dem Dokument von 1206 freilich nicht. Die Stadtwerdung Dresdens begann bereits um die Mitte des 12. Jahrhunderts als Kaufmannssiedlung unweit der schon damals bestehenden Frauenkirche.

Anlässlich des Dresdner Stadtjubiläums erschien in der Veröffentlichungsreihe des Sächsischen Staatsarchivs eine aktuelle Darstellung zur Ersterwähnungsurkunde, zu der eine farbige Reproduktion des Dokuments in Plakatgröße gehört (Eckhart Leisering, Acta sunt hec Dresdene ... Die Ersterwähnung Dresdens in der Urkunde vom 31. März 1206, Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchivs, B 3, Halle/Saale 2005, ISBN 3-89812-320-0, Preis: 16 Euro).

DR. PETER WIEGAND
HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN

BUCH- UND VERLAGSGESCHICHTE IM STAATSARCHIV LEIPZIG

„Fenster zur Welt“ – so lautet das Motto einer Ausstellung zum Verlag „Volk und Welt“, die Dr. habil. Siegfried Lokatis (Berlin und Potsdam), einer der renommiertesten Kenner der Buch- und Verlagsgeschichte, am 27. April im Staatsarchiv Leipzig eröffnete. Bis zum 8. Juni ist die vom Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR konzipierte Ausstellung im Staatsarchiv Leipzig zu sehen.

Zu DDR-Zeiten erfreute sich „Volk und Welt“ großer Beliebtheit, öffnete der Verlag doch mit seinem Programm an internationaler Literatur den Menschen in der DDR ein „Fenster zur Welt“. 1947 hatten Westemigranten, darunter Hans Mayer und Stephan Hermlin, den Verlag gegründet, von 1954 bis 1972 leiteten ihn Walter Czollek und Cheflektorin Marianne Dreifuß.

Viele Autoren und Bücher, die in den fünfziger und sechziger Jahren noch verboten und als dekadent oder sowjetfeindlich von der Zensur ausgegrenzt waren, erreichten schließlich doch eine lesehungrige Bevölkerung. Um die

schwierige, oftmals verspätete und selektive Publikation der umstrittensten Autoren wie etwa Albert Camus, Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch, Günter Grass und Ephraim Kishon rankten sich verwickelte Zensurgeschichten. Auf 12 Tafeln werden die Reihen und Lektorate des Verlages vorgestellt und die teilweise abenteuerlichen Publikationsgeschichten veranschaulicht.

Die auch bei der Akademie der Künste in Berlin gezeigte Ausstellung macht nun erstmals Station in der früheren Buchmetropole Leipzig, deren Geschichte sich wesentlich über die Bestände des Leipziger Staatsarchivs erschließt. So verwahrt das Staatsarchiv Leipzig neben zahlreichen Verlagen auch die Unterlagen des 1825 gegründeten Börsenvereins der Deutschen Buchhändler zu Leipzig. Die Geschichte des Börsenvereins ist eng mit der Geschichte der Buchstadt Leipzig verbunden, die sich im 18. Jahrhundert zur Metropole des deutschen Buchhandels entwickelt hatte. Der Schlüssel für Leipzigs Aufstieg lag in einer innovativen Konstellation: engagierte Verleger

und Buchhändler sowie leistungsfähige Druckereien arbeiteten erfolgreich zusammen, vor allem wurde Leipzig zur Drehscheibe des Kommissionsbuchhandels. Leipzig war die Heimat der renommierten Lexikonverlage und hatte bis zur Machtergreifung Hitlers eine einmalige Führungsrolle bei Druck und Verlag von Musikalien.

Zum 180. Geburtstag des Börsenvereins präsentierte das Staatsarchiv Leipzig im September 2005 eine große Ausstellung, die von Professor Klaus G. Saur, dem Präsidenten der Historischen Kommission des Börsenvereins, eröffnet wurde. Den Festvortrag hielt die Leipziger Buchhistorikerin Alexandra Fritzsche. Sie würdigte Leipzigs Rolle als Stadt der Wissenschaftsverlage im Kaiserreich. Der Ausstellung gingen umfangreiche Erschließungsarbeiten voraus. So wurde das alte Findbuch zum Bestand 21765 Börsenverein I (1825 – 1945) leicht überarbeitet und retrokonvertiert, die Unterlagen für den Börsenverein in den DDR-Jahren (21766 Börsenverein II) wurden erstmals erweitert erschlossen. Beide Findbücher, ergänzt durch ein Booklet zur Börsenvereinsgeschichte, sind als CD erhältlich und bilden die Premiere für die Reihe D (Digital) der Veröffentlichungen des Sächsischen Staatsarchivs. Darüber hinaus bietet die CD Informationen zur Überlieferung anderer Archive, die für die Börsenvereinsgeschichte von Bedeutung sind. Die Börsenvereinsausstellung wurde im Rahmen der Chemnitzer Literaturtage, zu denen Manfred Krug, Ulrich Mühe und andere Künstler anreisten, in der Stadtbibliothek Chemnitz präsentiert.



REGES INTERESSE AN DER AUSSTELLUNG ZUM BÖRSENVEREIN
FOTO: STEFAN GÖÖCK

DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
STAATSARCHIV LEIPZIG

UMPROFILIERUNG DES SÄCHSISCHEN STEINKOHLENBERGBAUS



WERBEBROSCHÜRE DES VEB SACHSENRING AUTOMOBILWERKE ZWICKAU
BERGAFG, 40098-1 VVB (Z) STEINKOHLLE, ZWICKAU, NR. 890/2

Als gelungenes Ergebnis einer Zusammenarbeit unterschiedlichster Partner präsentierte sich die Ausstellung „Die Umprofilierung des sächsischen Steinkohlenbergbaus“ vom 22. September 2005 bis zum 8. Januar 2006 im Bergbaumuseum Oelsnitz/Erzgebirge. Unter Federführung des Bergarchivs Freiberg und des Bergbaumuseums wirkten an der Erarbeitung das Landes-

amt für Umwelt und Geologie, das Museum Schloss Burgk in Freital, der Steinkohlenbergbauverein Zwickau e. V., der Förderverein des Bergbaumuseums, der Berg- und Hüttenverein Freital sowie die Wismut GmbH mit. An Hand eines Ensembles aus 26 Tafeln, verschiedenen Sachzeugen und Archivdokumenten skizzierte die Ausstellung gleichermaßen das Ende und

den Wandel einer Branche, die die Industrialisierung Sachsens maßgeblich beeinflusst und der Wirtschaftsstruktur, der Umwelt und dem sozialen Leben in den Kohlenrevieren um Zwickau, Oelsnitz und Freital ihren Stempel aufgedrückt hat.

Am 21. Dezember 1967 wurde durch Beschluss des Präsidiums des Ministerrates die schrittweise Einstellung der Steinkohlenförderung in der DDR festgelegt. Das bedeutete einen Schlussstrich und Neuanfang zugleich, da mit der Stilllegung des unrentablen, nur mit massiven staatlichen Subventionen aufrecht erhaltenen und zudem vor der Erschöpfung seiner Lagerstätten stehenden sächsischen Steinkohlenbergbaus zwangsläufig ein komplexer Strukturwandel verbunden war. Die Herausforderung bestand darin, die mit der Umstrukturierung einhergehenden Reformen sowohl wirtschaftlich vertretbar als auch sozial verträglich zu gestalten. Ohne Einbeziehung der vorbereitenden Betriebskonzentrationsmaßnahmen der späten 50-er und 60-er Jahre erstreckte sich die Umstrukturierung im Lugau-Oelsnitzer Revier auf den Zeitraum 1968 – 1971. Der Strukturwandel im Zwickauer Revier vollzog sich von 1974 bis 1980/81. Eine Ausnahme bildete das Freital-Döhlener Revier: Nach Einstellung der Förderung energetischer Steinkohle 1967 wurde das Steinkohlenwerk „Willi Agatz“ 1968 an die SDAG Wismut verkauft und baute bis 1989 uranerzhaltige Steinkohle ab. Nach 1990 wurden die Betriebe der Nachfolgeindustrie privatisiert, der überwiegende Teil ging jedoch nach kurzer Zeit in Insolvenz. Die Ursachen hierfür lagen v. a. in mangelnder Wettbewerbsfähigkeit, unternehmerischen Defiziten aufgrund fehlender Erfahrungen mit dem marktwirtschaftlichen System und betriebsinternen Schwierigkeiten.

Neben einer sinnvollen wirtschaftlichen Nachnutzung vorhandener Anlagen und Gebäude umfasste die Umprofilierung v. a. die Umsetzung von knapp 17.700 Beschäftigten der Lugau-Oelsnitzer und Zwickauer Steinkohlenwerke. Im Vordergrund standen hierbei die Auswahl und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Nachfolgeindustrie, wobei persönliche Voraussetzungen wie Alter, Qualifikation und Wohnort ebenso wie die individuellen beruflichen Interessen der Beschäftigten zu berücksichtigen waren. Unter Beachtung dieser Sozialdaten integrierte man die ehemaligen Bergleute entweder in bereits bestehende Werke oder verschaffte ihnen Arbeitsplätze in

Betrieben, die unter Einbeziehung der jeweiligen Standortvoraussetzungen und –bedürfnisse sowie unter der teilweisen Nutzung der Übertageanlagen neu errichtet wurden.

Während im Oelsnitzer Raum der Bau- und Elektronikbereich – etwa mit dem Buchungsmaschinenwerk Karl-Marx-Stadt – die Nachfolgeindustrie dominierte, waren es im Zwickauer Gebiet ebenfalls die Baubranche, aber auch der Maschinen- und mit dem Werk Sachsenring der Automobilbau. Inwiefern allerdings jedem Bergmann im Einzelfall ein Arbeitsplatz in der Nachfolgeindustrie verschafft werden konnte bzw. in welchem Maße es aufgrund politischer, wirtschaftlicher, sozialer,

aber auch persönlicher Belange zu Fehlbesetzungen und Scheinbeschäftigung kam, bedarf noch der detaillierten Aufarbeitung.

Mit der Ausstellung betrat das Bergarchiv insofern Neuland, als es das erste gemeinsame Projekt dieser Art mit einem technikgeschichtlichen Museum darstellt. Gerade vor dem Hintergrund leerer Kassen stellen kooperative Ausstellungen jedoch eine finanzierbare Alternative zu kostenintensiven Alleingängen archivischer und anderer kultureller Einrichtungen dar.

MONA HARRING
ZENTRALE AUFGABEN, GRUNDSATZ

EINFACHER FÜR DIE KOLLEGEN UND BESSER FÜR DEN CHEF!

Fast alle müssen sie machen und jeder „liebt“ sie: die Statistik. Auch für das Sächsische Staatsarchiv und seine Dienststellen sind Statistiken unverzichtbare Steuerungsinstrumente und Argumentationsgrundlagen. Dabei nehmen naturgemäß die auf das Archivgut und seine Erschließung bezogenen Werte eine herausgehobene Stellung ein.

Bislang wurden im Hauptstaatsarchiv Dresden die Werte für Archivgutübernahmen, Umfangsänderungen durch technische Bearbeitung, Erschließungsleistungen, erstellte Findhilfsmittel, Kassationen, Abgabe von Beständen im Zuge von Zuständigkeitsbereinigungen – und das alles noch getrennt nach Archivgutarten und Erschließungsgrad – von den jeweiligen Mitarbeitern in besonderen Dateien oder Listen erfasst. Zum Jahresende wurden diese dann für die Dienststelle zusammengefasst. Daneben wurde die Mehrheit der Daten noch einmal in zwei Datenbanken eingegeben, wobei manche Werte in beide einzugeben waren. Die statistischen Auswertungsmöglichkeiten der Datenbanken waren jedoch äußerst begrenzt. Man kann sich

vorstellen, welche Schwierigkeiten beim Abgleich der verschiedenen Datenquellen und ihrer Zusammenfassung regelmäßig auftraten.

Geht es nicht auch einfacher und besser? Es geht. Im Zuge eines Projekts „Ertüchtigung Bestandsnachweis“, welches die bestandsbezogenen inhaltlichen und formalen Kerninformationen zum Archivgutbestand des Hauptstaatsarchivs im Sinne einer aktuellen Bestandsübersicht für Nutzer und Mitarbeiter auf ein zeitgemäßes Niveau heben wird, wurde auch die Statistik in den Blick genommen. Inzwischen werden wesentliche statistikrelevante Daten und Auswertungen „per Knopfdruck“ aus einer bereits bestehenden und gepflegten Datenbank ausgelesen und zwar nur aus dieser. Damit entfallen zahlreiche Doppelaufschreibungen, „händische“ Auswertungen und Abgleichaufwand. Die vorhandenen Rohdaten lassen nunmehr wesentlich differenziertere Abfragen zu, die je nach Informationsbedarf der Leitung gezielt steuerungsrelevante Daten verknüpfen.

Wie war dies möglich? Zentrale Daten-

quelle ist die Datenbank Augias-BBV 7.4. Sie ist die archivische Standardsoftware aller Dienststellen des Sächsischen Staatsarchivs für die Bestandsverwaltung und damit den Bestandsnachweis. Für unsere Bedürfnisse bietet sie jedoch nur sehr unzureichende statistische Auswertungsmöglichkeiten. Es ist uns jedoch gelungen, im Nur-Lesen-Verfahren Abfragen zu programmieren, die diese fehlenden Funktionalitäten des Programms ersetzen. Wir können dies für jedes beliebige Zeitfenster tun, wir können Summen und Einzelpostenaufstellungen generieren. Dazu kommen noch Plausibilitätsabfragen zur Minimierung von Eingabefehlern.

Was fragen wir derzeit im Wesentlichen ab?

- Archivgutumfang pro Archivgutart
- Änderung des Archivgutumfangs im Berichtszeitraum
- Gründe der Änderung des Archivgutumfangs
- Übernommene Bestände
- Abgegebene Bestände
- Kassationen
- Erschließungszustand pro Archivgutart
- Änderung des Erschließungszustands im Berichtszeitraum

- Gründe der Änderung des Erschließungszustands
- Erschließungsleistungen
- Erstellte Findmittel

Nur eine Voraussetzung hat das Ganze: Die Rohdaten müssen in der Datenbank vorhanden sein. Augias-BBV 7.4 bietet diese Funktionalitäten weitgehend. Im Projekt „Ertüchtigung Bestandsnachweis“ liegen für 2005 bereits gültige Archivgutdaten vor, die Überprüfung – und soweit

erforderlich – Ergänzung der bereits früher eingegebenen Daten soll bis Ende 2006 abgeschlossen sein. Derzeit sind 1.500 von insgesamt ca. 2.700 Beständen bearbeitet. Damit liegt der Projektfortschritt ohne Abstriche im vorgesehenen Zeitplan.

Auch wenn die Kollegen gegenwärtig mitunter noch über die zuweilen als übertrieben empfundene Gründlichkeit der Datenüberprüfung stöhnen – demnächst

werden sie auf Dauer entlastet. Die Leitung hat bereits jetzt verbesserte Steuerungsinstrumente in die Hand bekommen. Anderen, die eventuell vor gleichen Problemen stehen, wird hiermit ein Lösungsweg gezeigt.

MICHAEL MERCHEL/PETER BAYER
HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN

EINTRAG IM VERZEICHNIS NATIONAL WERTVOLLER ARCHIVE

Das Sächsische Staatsministerium des Innern hat auf der Grundlage des Gesetzes zum Schutz deutschen Kulturgutes gegen Abwanderung vier Bestände des Sächsischen Staatsarchivs in das „Verzeichnis national wertvoller Archive“ eingetragen. Hierzu gehören die Verlagsbestände 21081 Musikverlag Breitkopf & Härtel Leipzig, 21097 Gustav Kiepenheuer Verlag und Dieterich'sche Verlagsbuchhandlung Leipzig und 21101 Johann Ambrosius Barth Verlag Leipzig aus dem Staatsarchiv Leipzig sowie der Bestand

11764 Deutsche Werkstätten Hellerau aus dem Hauptstaatsarchiv Dresden. Mit der Eintragung in das Verzeichnis unterliegen die Archivalien einem besonderen Schutz, insbesondere vor unerlaubter Ausfuhr. Neben Geschäftsunterlagen und Verträgen beinhalten die Bestände Korrespondenzen mit bedeutenden Vertretern aus Wissenschaft, Kultur und Kunst jener Zeit. Stellvertretend seien hier Werner von Siemens und Max Planck genannt, ferner Hermann Hesse, Carl Zuckmayer und Joachim Ringelnatz

sowie Oskar Kokoschka und Heinrich Tessenow, von dem auch Originalzeichnungen überliefert sind. Die Bestände können weiterhin in den beiden Dienststellen des Sächsischen Staatsarchivs genutzt werden.

DR. JÖRG LUDWIG
ZENTRALE AUFGABEN, GRUNDSATZ

LEIPZIG VOLL „IN FAHRT“

Die Ausstellung des Sächsischen Staatsarchivs „In Fahrt – Autos aus Sachsen“ konnte auf der Leipziger Messe anlässlich der Ausstellung „Automobil-International“ (AMI) vom 31. März bis 9. April ca. 300.000 Besuchern präsentiert werden. Im Dezember 2005 war die Ausstellung in den Regierungsbezirk Leipzig gewandert. In Anwesenheit des Leiters des Sächsischen Staatsarchivs, Dr. Jürgen Rainer

Wolf, eröffnete der Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig, Börries von Dittfurth, am 2. Dezember die Ausstellung im Staatsarchiv Leipzig. Neben den Tafeln der Wanderausstellung bot das Staatsarchiv Leipzig zusätzlich eine umfangreiche Vitrinenpräsentation mit alten Prospekten, Werbefilmen und DDR-Modellautos. Bis zum 23. Februar 2006 besuchten insbesondere

Schulkassen und Automobilisten die Schau im Leipziger Staatsarchiv. Vom 8. bis 28. März war „In Fahrt – Autos aus Sachsen“ im Landratsamt in Döbeln zu sehen und wanderte dann ins Finanzministerium nach Dresden.

DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
STAATSARCHIV LEIPZIG

REZENSIONEN

Barbara Craig, *Archival Appraisal. Theory and Practice*, K. G. Saur, München 2004, 224 S., ISBN 3-598-11538-5

Der Titel des Buches – Archivische Bewertung. Theorie und Praxis – klingt nach einem Handbuch. Ein Handbuch im Sinne eines Nachschlagewerkes oder eines Lehrbuchs will Barbara Craig, Archivarin und Professorin an der Universität von Toronto, mit diesem Band jedoch ausdrücklich nicht vorlegen. Ihr Ziel ist es vielmehr, die Grundlagen und den Kontext archivischer Bewertung darzustellen, um auf diesem Wege zur Professionalisierung des Bewertens beizutragen. Entsprechend grundsätzlich sind die ersten vier Kapitel des Buches angelegt. Craig gibt hier einen Überblick über das „Was, Wer und Warum“ archivischen Bewertens, stellt die Beteiligten am und deren Aufgaben im Bewertungsprozess vor, ordnet die Bewertung in den Kanon archivischer Fachaufgaben ein und beleuchtet die

Geschichte der (englischsprachigen) Bewertungsdiskussion. Größeren Bezug zur praktischen Arbeit gewinnt Craigs Darstellung im fünften und sechsten Kapitel, in dem sie sich u. a. mit Bewertungsinstrumenten und -methoden beschäftigt und eine „Architektur des verantwortungsvollen Bewertens“ entwickelt. Der Autorin gelingt es dabei, ohne Beschränkung auf eine Archivsparte und unter Einbeziehung der Bewertung elektronischer Unterlagen, die gemeinsamen Grundlagen, Fragestellungen und Probleme des Bewertens darzustellen. Ohne eine Methode zu favorisieren, macht sie anschaulich, wie wichtig es ist, die Bewertungsentscheidung und die Erkenntnisse, auf denen diese Entscheidung beruht, zu reflektieren und sie für die Zeitgenossen ebenso wie für die Nachfahren nachvollziehbar und damit nachprüfbar zu machen. Besonders wichtig scheint es ihr in diesem Zusammenhang, dass Archivre ihre Bewertungsverfahren und -instrumente weiterentwickeln, stan-

dardisieren und sich stärker als bisher über ihre Erfahrungen und Vorgehensweisen austauschen. Ansätze für die praktische Arbeit liefert der umfangreiche Anhang, der u. a. ein Glossar, Handreichungen zur Archivierung von AV-Medien und eine Vorlage für einen Bewertungsbericht enthält.

Für den deutschen Leser, der neue Anregungen für die Bewertungspraxis sucht oder sein eigenes Vorgehen kritisch überdenken möchte, sind vor allem die genannten Kapitel fünf und sechs eine wertvolle Lektüre. Wer den Blick noch weiter über den Tellerrand erheben will, sollte sich jedoch auch die anderen vier nicht entgehen lassen. Machen sie doch deutlich, dass die deutsche und englische Fachdiskussion voneinander profitieren können. Nur schade, dass der Preis des bei K. G. Saur erschienenen Buchs (80 €) viele potentielle Käufer abschrecken wird.

DR. ANDREA WETTMANN
ZENTRALE AUFGABEN, GRUNDSATZ

Festschrift F. A. Brockhaus 1805 – 2005, 2 Bde, 889 S., geb. im Schuber mit CD-ROM, Mannheim 2005, ISBN 3-7653-0084-5

Die Wissensgesellschaft hat in Deutschland eine lange Geschichte. Vor 200 Jahren entstand mit dem Unternehmen F. A. Brockhaus ein Lexikonverlag mit Weltgeltung, der seit 1817 seinen Sitz in Leipzig hatte und mit zum Flair der Buchstadt Leipzig beitrug. Der Tradition verpflichtet, legt das Unternehmen zum 200. Geburtstag eine reichhaltige Jubiläumsgabe vor. Sie besteht aus einem Faksimile der Firmenschrift von Heinrich Eduard Brockhaus, erschienen zur Hundertjahrfeier 1905, und einer vom renommierten Leipziger Buchhistoriker Thomas Keiderling herausgegebenen Unternehmensgeschichte für den Zeitraum von 1905 bis 2005. Dazu

gibt es eine CD-ROM, die als Adobe-PDF-Datei die vollständige Festschrift in elektronischer Form bietet. Für viele jüngere Leser wird dabei die 440 Seiten starke Verlagsgeschichte von Heinrich Eduard Brockhaus wegen ihrer Frakturschrift ein Hindernis darstellen, nicht aber für bibliophile und historisch gebildete Kreise. Der von Keiderling herausgegebene zweite Band ist mit der Zweispaltigkeit eines Lexikons, zahlreichen farbigen Abbildungen und Grafiken besonders lesefreundlich, teilweise blickt er auch auf die Zeit vor 1905 zurück. Mit fast 1.000 Seiten liegt damit eine reichhaltige Verlagsgeschichte vor, die zu einem Preis von 75 € viel Lesestoff bietet.

Für den 1805 gegründeten Verlag entwickelte sich das Lexikon zum wichtigsten Verlagsobjekt, allein zwischen 1827 und 1868 entstanden fünf umfangreiche Ausgaben. Ge-

tragen wurde dieser Erfolg auch vom Aufbau eigener Druckereien, so stellte Brockhaus 1826 die erste Schnellpresse in Leipzig auf und verband sie ab 1834 mit einer Dampfmaschine. Die Gründung von Auslandsniederlassungen zeigen den globalen Erfolg des Unternehmens. Neben der Erfolgsstory Lexikon etablierte der Verlag die Reiseliteratur in seinem Programm, ein Bereich, in dem sich vor allem Albert Brockhaus (1855 – 1921) profilierte; Albert modernisierte mit Abbildungen und Landkarten das Lexikon, das zwischen 1890 und 1904 als russisches Konversationslexikon in 40 Bänden erschien – als erstes Lexikon dieser Art in Russland.

Erst 10 Jahre nach dem Ersten Weltkrieg startete die 15. Lexikonaufgabe, deren 20. Band 1935 vorlag und nun die Korrekturwünsche der parteiamtlichen Prüfungskommission berück-

sichtigen musste. Am 29. November 1943 musste der Betrieb stillgelegt werden, am 4. Dezember wurde das Verlagsgebäude durch die Bombardements der Alliierten fast vollständig zerstört.

Bereits durch den Genozid der NS-Herrschaft hatte Leipzig seine Spitzenstellung im Musikalienhandel verloren, der Abstieg im Verlagswesen und Buchhandel beschleunigte sich nun mit der Teilung Deutschlands. Die DDR-Geschichtsschreibung und auch die kollektive Erinnerung weist stets darauf hin, dass die in Leipzig kurze Zeit weilende amerikanische Besatzungsmacht wichtiges Know-How abgezogen und damit den Standort nachhaltig geschwächt habe. So schloss sich auch Hans Brockhaus den Amerikanern an. Das Schicksal von Fritz Brockhaus, der in Leipzig blieb,

zeigt aber, dass private Verleger in der DDR chancenlos waren. Am 28. Februar 1951 wurde ein Treuhänder eingesetzt, Fritz Brockhaus erhielt Hausverbot, und am 15. März 1953 wurde das Unternehmen zum Volkseigentum erklärt. Der Verlag VEB F. A. Brockhaus wurde neu strukturiert, die allgemeine Lexikonproduktion übernahm der VEB Bibliographisches Institut. Brockhaus-Leipzig profilierte sich in Speziallexika sowie Reise- und populärwissenschaftlicher Literatur. Brockhaus in Wiesbaden setzte sich mit der jüngsten deutschen Geschichte direkt auseinander, im August 1946 erschien Friedrich Meineckes „Die deutsche Katastrophe“ und wurde bis 1955 in fünf Auflagen verkauft. Auch im Lexikon-Bereich engagierte sich Brockhaus-Wiesbaden, etwa mit der Vorlage des „Gesundheits-Brockhaus“.

Der Wettbewerb im Lexikongeschäft wuchs aber deutlich, ab 1952 erschien „Der Große Brockhaus“, bereits ein Jahr später präsentierte Bertelsmann ein vierbändiges Lexikon, und ab 1961 trat das Bibliographische Institut in Mannheim auf den Plan. In den 70er und 80er Jahren verschärfte sich der Wettbewerb, als Achillesverse für Brockhaus erwiesen sich die Druckereien, die zu teuer produzierten. Am 10. Mai 1984 fusionierten die Konkurrenten Brockhaus und Bibliographisches Institut. Der Verlagssitz von Brockhaus in Wiesbaden wurde aufgelöst und Mannheim zum Sitz des fusionierten Unternehmens.

DR. HANS-CHRISTIAN HERRMANN
STAATSARCHIV LEIPZIG

Katalog der Handschriften der Universitäts-Bibliothek Leipzig. Neue Folge, Bd. I, Teil 4, Die neuzeitlichen Handschriften der Nullgruppe (Ms 01201-01518), beschrieben von Detlef Döring, Wiesbaden 2005, Harassowitz Verlag, geb., 210 Seiten, ISBN 3-447-05205-8

Von 2000 bis 2003 sind drei Teilbände des Katalogs erschienen (vgl. Rezensionen im Sächsischen Archivblatt 1/2003, S. 29f. und 2/2004, S. 26f.). Der 2005 erschienene vierte Teilband umfasst die bis auf wenige Ausnahmen besetzten Signaturen 01201 bis 01508 der Nullgruppe der Handschriftenabteilung der Universitätsbibliothek Leipzig und schließt die Katalogangaben zu den einzelnen Stücken dieses Bibliotheksbestands damit ab. Der ursprünglich auf sechs Bände projektierte Katalog wird damit schon mit dem in Vorbereitung befindlichen fünften Band seinen Abschluss finden. Dieser soll neben einem Gesamtregister für die Personen und Orte ein Sachregister und eine Darstellung zur Provenienzgeschichte der im Katalog beschriebenen Überlieferung enthalten.

Schwerpunktmäßig enthält der vierte Band wie der vorhergehende wissenschaftsgeschichtliches Material zu ei-

nem breiten Spektrum der Natur- und Geisteswissenschaften. Neben wissenschaftlichen Korrespondenzen und Manuskripten sowie Vorlesungsnachrichten befindet sich darunter auch Verwaltungsschriftgut wissenschaftlicher Institutionen. Besondere wissenschaftsgeschichtliche Bedeutung haben die in Ms 01322 vereinigten Teilnachlässe der Mathematiker bzw. Astronomen Philipp Müller (1585-1659), Gottfried Kirch (1639-1710) und Ulrich Junius (1670-1726). Müllers Nachlass enthält unter anderem ein Brieffragment Johannes Keplers. Gottfried Kirch hat mit zahlreichen bedeutenden Astronomen seiner Zeit korrespondiert, unter anderem mit Giovanni Cassini, John Flamsteed, Edmond Halley und Johannes Hevelius.

Die Vorlesungsnachrichten widerspiegeln wie die des dritten Bandes besonders die Lehre an der Universität Leipzig im 19. Jahrhundert. Es sind aber auch Stücke aus anderen Universitäten vorhanden. Unter archivistischen Aspekten ist beispielsweise eine Mitschrift der Berliner Vorlesungen von Harry Bresslau über Diplomatie von besonderem Interesse.

Neben den wissenschaftsgeschichtlichen Manuskripten ist auch in diesem

Band wertvolles Quellenmaterial zu anderen Themen erschlossen, insbesondere zu Geschichte, Kunst und Religion. Historische Einblicke unter einem selten überlieferten Blickwinkel dürfte das Tagebuch des Schreibers der Geheimen Kanzlei in Dresden Johann Reiche aus der Zeit von 1685 bis 1698 (Ms 01335) liefern, das vor allem politische Ereignisse der damaligen Zeit zum Gegenstand hat. Der Bearbeiter des Katalogs charakterisiert es als „wohl eine der wichtigsten Quellen zur sächsischen Geschichte jener Zeit“. Briefsammlungen sind unter anderem für zwei Politiker vorhanden, die in der Revolution von 1848/49 eine maßgebliche Rolle spielten, für Robert Blum (Ms 01249) und für den sächsischen Justizminister und Vorsitzenden des Gesamtministeriums von 1848/49 Karl Braun (Ms 01323). Den über Sachsen weit hinausgehenden Rahmen der Überlieferung markieren beispielsweise Chroniken der Städte Eger (Ms 01232) und Worms (Ms 01268) sowie eine abschriftliche Sammlung von Privilegien des 16. und 17. Jahrhunderts für die Stadt Riga (Ms 01357).

ECKHART LEISERING
HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN

ADRESSEN

SÄCHSISCHES STAATSARCHIV

ZENTRALE AUFGABEN, GRUNDSATZ

Wilhelm-Buck-Straße 4, 01097 Dresden

Telefon (03 51) 5 64 37 40

Telefax (03 51) 5 64 37 39

e-mail: poststelle@sta.smi.sachsen.de

SÄCHSISCHES STAATSARCHIV

HAUPTSTAATSARCHIV DRESDEN

Archivstraße 14, 01097 Dresden

Telefon (03 51) 8 00 60

Telefax (03 51) 8 02 12 74

e-mail: poststelle-d@sta.smi.sachsen.de

SÄCHSISCHES STAATSARCHIV

STAATSARCHIV LEIPZIG

Schongauerstraße 1, 04329 Leipzig

Telefon (03 41) 2 55 55 00

Telefax (03 41) 2 55 55 55

e-mail: poststelle-l@sta.smi.sachsen.de

SÄCHSISCHES STAATSARCHIV

STAATSARCHIV CHEMNITZ

Schulstraße 38, 09125 Chemnitz

Telefon (03 71) 33 47 90

Telefax (03 71) 33 479 22

e-mail: poststelle-c@sta.smi.sachsen.de

SÄCHSISCHES STAATSARCHIV

BERGARCHIV FREIBERG

Kirchgasse 11, 09599 Freiberg

Telefon (0 37 31) 37 22 50

Telefax (0 37 31) 37 22 59

e-mail: poststelle-f@sta.smi.sachsen.de

ARCHIVVERBUND BAUTZEN

STAATSFILIALARCHIV BAUTZEN

Schlossstraße 10, 02625 Bautzen

Telefon (0 35 91) 53 10 86

Telefax (0 35 91) 4 26 47

e-mail: archivverbund@bautzen.de

Im Internet finden Sie uns unter:

www.sachsen.de/archiv

